

352. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 23. Juni 2014, 19:30 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Vorsitz Messerli Gregor (FDP), Präsident

1. Vizepräsidentin Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)

2. Vizepräsident Wälti Martin (SVP)

1. Stimmzählerin Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)

2. Stimmzähler Hauser Adrian (BDP)

Mitglieder Fasel Didier (BDP)

Läderach Christof (BDP)

Bergmann Andreas (EVP)

Cetin Christopher (EVP)

Cetin Mayk (EVP)

Stöckli Rolf (EVP)

Suter Harry (EVP)

Utiger Heinz (EVP)

Christensen Sven (FDP)

Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP)

Kämpfer Erwin (FDP)

Kölliker Lenka (FDP)

Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)

Schweizer Hans Peter (FDP)

Brook Liechti Vanessa (GLP)

Graf Stefan (GLP)

Jorio Nicola (GLP)

Aebersold Daniel (SVP)

Bernhard Niklaus (SVP)

Gfeller Paul (SVP)

Wälti Sandra (SVP)

Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)

Burkhalter-Huber Regula (SP)

Federer Guido (SP)

Fröhlich Viktor (SP)

Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)

Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Hirsbrunner Bruno (SVP)
Jost-Pfister Catarina (GLP)
Stocker-Sturzenegger Christine (BDP)
Stucki Simon (SVP)
Widmer Seline (parteilos; Sitz FDP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Hauser Ernst
Hubacher Peter
Lädrach Markus
Leiser Thomas
Masciadri Monica

Abteilungsleiter Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung
Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Delegation Jugendrat Jörg Simone, Mitglied Jugendrat
Wetli Rachel, Jugendratspräsidentin

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Yetgin Dilara, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 2014: Genehmigung
3. Verwaltungsbericht 2013: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse
4. Gemeinderechnung 2013: Genehmigung
5. Sportzentrum Worb AG; Erhöhung des Gemeindebeitrags: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
6. Wasserversorgung, Netzausbau Dorfstrasse 15 - Alte Bernstrasse 58 Rüfenacht; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
7. Wasserversorgung, Netzersatz Neufeld- und Vechigenstrasse Worb; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
8. Parlamentarische Vorstösse:
 - 8.1 Dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend ESP Worboden
 - 8.2 Dringliche Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufwandminimierung Finanzplan/Voranschlag 2015/2019
 - 8.3 Dringliche Motion der FDP-Fraktion betreffend Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen
 - 8.4 Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	1	2013/17-110	143	12/0/0

Ratspräsident Messerli Gregor: Worb ist eine Sportstadt. Am vorletzten Wochenende wurde in Worb das Schülerturnier durchgeführt. Die ganz jungen Fussballerinnen und Fussballer waren am Werk und sie haben gezeigt, dass die Matches zum Teil interessanter sind als die Matches an der Weltmeisterschaft in Brasilien. Das letzte Wochenende war die Tour de Suisse zu Gast in Worb. Diesen Anlass konnte ich selbst nicht miterleben, aber mit diesem Anlass wurde gezeigt, dass Worb fähig ist, sich in die Welt herauszutragen und einen hoch professionellen Anlass zu organisieren. Der eine Anlass, das Schülerturnier, hat vielleicht mehr gegen innen gewirkt und hat gezeigt, dass für die Worber Bevölkerung, für Gross und Klein, etwas auf die Beine gestellt werden kann. Auch mit der Tour de Suisse ist es gelungen, Worb in der Umgebung und der ganzen Schweiz in ein gutes Licht zu rücken. Ich danke all den Beteiligten, welche sich für Worb engagieren herzlich und hoffe, dass Worb auch in der Zukunft positiv in den Medien erscheinen wird. Hoffentlich können weitere solche Anlässe durchgeführt werden.

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: Mit Befremden hat die ASK davon Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat für drei Jahre eine Vollzeitstelle für Arbeiten im Planungs- und Umweltbereich bewilligt hat. Der Gemeinderat ist zwar gemäss Artikel 56 Ziffer 3 Buchstabe c der Gemeindeverfassung befugt, eine Stelle zu schaffen. Es heisst darin: „Der Gemeinderat bestimmt mit einfachem Beschluss die Errichtung und Aufhebung von Stellen.“ Überall wird gespart. An der letzten GGR-Sitzung wurden Sparmassnahmen beschlossen. Gegenwärtig eine neue Stelle zu errichten liegt nach unserer Meinung völlig falsch in der Landschaft. Eine zweite Bemerkung in eigener Sache. Die ASK hat anstelle von Barbara Brechbühler eine neue Sekretärin. Frau Brechbühler hat ihre Tätigkeit für die ASK nach zehn Jahren beendet. Die neue Sekretärin heisst Claudia Schneider, wohnt seit drei Jahren in Vielbringen und ist Mutter eines 10 Monate alten Kindes. Frau Schneider hat bereits bei zwei Gemeindeverwaltungen gearbeitet und kennt sich somit bestens im Verwaltungsbetrieb und der Kommissionsarbeit aus. Sie ist seit Mai 2014 Sekretärin der ASK.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Das Recy ist allen ein Begriff. Neu heisst das Recy „Gleis 2 Sozialwerk“. Das Logo ist auf der Folie ersichtlich (Foliensauflage. Die Protokollführerin). Die Namensänderung ist deshalb erfolgt, weil die Institution nach acht Jahren ihr Tätigkeitsgebiet ausgebaut hat. Das Sozialwerk beschäftigt Menschen in vier Arbeitsbereichen. Die Arbeitsbereiche sind auf der Folie ersichtlich (Foliensauflage. Die Protokollführerin).

Das Gleis 2 beschäftigt nach wie vor Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt. Dazu gehören zum Beispiel Sozialhilfeempfänger/innen, junge Ausbildungs- und Arbeitssuchende oder Führungskräfte während oder nach einem Burn-out. Der Namenswechsel ist nicht nur bei der organisatorischen Ebene erfolgt, sondern auch bei der strategischen Ebene gab es eine Änderung. Die Trägerschaft des Recy war der Verein Stay a while. Mit dem Wachstum des Projekts sah sich der Verein nicht mehr in der Lage sich nebst den eigentlichen Vereinszwecken noch um das Recy zu kümmern. Es führte dazu, dass der Verein Stay a while umbenannt wurde in Gleis 2 Sozialwerk. Sie haben sich neue Statuten und einen neuen Vorstand gegeben. Das braucht nun einen neuen Leistungsvertrag, welcher in den nächsten Tagen unterzeichnet wird. Inhaltlich muss dieser Vertrag auf die Produktedefinition abgestimmt sein, so wie er im GGR im September 2012 verabschiedet worden ist. Details zu dieser Produktedefinition teile ich nun noch mit, weil ja etliche Personen im September 2012 noch nicht im Parlament waren. Wenn es uns gelingt, langzeitarbeitslose Personen dank solchen Teillohnmodellen, die das Gleis 2 Sozialwerk anwendet, in die Wirtschaft zu integrieren, dann können wir bei den Sozialhilfeausgaben sparen. Solche Modelle helfen, dass die Personen eine Aufgabe und eine Tagesstruktur haben. Sie erhalten ein Selbstwertgefühl und sie haben so wieder eine reelle Chance im primären Arbeitsmarkt. Das gilt nicht für alle Personen, aber doch für einen ansehnlichen Teil. Das muss das Ziel sein von solchen Institutionen. Diese Menschen müssen den Ausstieg aus der Sozialhilfe erreichen und wirtschaftlich wieder auf eigenen Beinen stehen. Wenn solche Teillohnmodelle auch noch unternehmerfreundlich sind, dann ist das für alle gut. Gleis 2 steht in engem Kontakt mit dem Gewerbeverein Worb, speziell wegen dem Team, das sich um bauliche Arbeiten kümmert. Dieser Informationsaustausch ist rege und intakt. Dies ist mir persönlich sehr wichtig. Das ortsansässige Gewerbe muss wissen was das Gleis 2 tut und es muss dieses Tun akzeptieren. Wenn ihr Fragen zum Gleis 2 habt, dürft ihr euch bei Andreas Bergmann melden. Er ist Mitglied des GGR und ist stellvertretender Geschäftsführer des Gleises 2. Ich beantworte ebenfalls gerne Fragen.

Stöckli Rolf, EVP: Falls sie es vergessen haben, am letzten Freitag hatten wir einen tollen Anlass hier in Worb. Ich möchte im Namen der EVP Worb dem OK der Tour de Suisse für diesen tollen Tag danken. Gross und Klein, Alt und Jung, konnten beim herrlichen Wetter ein kühles Getränk oder eine Bratwurst während des Radrennens geniessen. Alle, die nicht kommen konnten oder wollten haben etwas verpasst. Dem OK nochmals herzlichen Dank.

Protokoll der Sitzung vom 12. Mai 2014: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	2	2013/17-111	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2013: Genehmigung, Abschreibung parlamentarischer Vorstösse

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	3	2013/17-112	361	12/10/7

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Graf Stefan, ASK: Die Aufsichts- und die Geschäftsprüfungskommission haben anlässlich einer gemeinsamen Sitzung am 16. Juni 2014 den Verwaltungsbericht des Jahres 2013 zur Kenntnis genommen. Es wurde beschlossen, dass die ASK im Parlament eine Stellungnahme abgibt. Die ASK hat am gleichen Abend den Verwaltungsbericht ausführlich und departementsweise besprochen. Wir haben keine Sachverhalte festgestellt, die eine grössere Beanstandung oder eine vertiefte Prüfung nötig machen würden. Der Bericht ist auch in diesem Jahr sehr ausführlich. Zuweilen mangelt es etwas an Aussagekraft. Aus Sicht der ASK könnte der Verwaltungsbericht in den nächsten Jahren etwas kürzer und knapper ausfallen. Die einzelnen Mitglieder der ASK haben den Berichtsteil ihres zugeteilten Departements eingehend geprüft. Es haben sich einige Fragen und Unklarheiten ergeben. Wir bitten den Gemeinderat, zu Handen der ASK dazu Stellung zu nehmen. Vom Departement Präsidiales möchten wir gerne wissen, was die einmaligen SQL-Lizenzen von Microsoft genau sind und auf welche Grundlage sich die Kosten von CHF 50'000.- abstützen. Handelt es sich dabei z. Bsp. um eine vertragliche Verpflichtung? Die entsprechenden Grundlagen sind der ASK zuzustellen. Beim Soll-Ist Vergleich mit der gemeinderätlichen Vorschau steht bei Nummer eins, dass die vergünstigten Eintrittspreise für das Sport- und Freizeitzentrum aufgrund der Bevölkerungsbefragung nicht weiterverfolgt werden sollen. Nun haben wir aber gehört, dass die Sportzentrum AG die Vergünstigungen wieder einführen will. Wie ist der Sachverhalt? Beim Departement Finanzen haben wir keine Fragen. Beim Departement Bau haben wir festgestellt, dass nicht alle geplanten Investitionen getätigt worden sind. Zum Beispiel: Fensterersatz und Fassade streichen in der Schulanlage Sonnhalde. Wärmetechnische Sanierung in der Aula/Foyer der Schulanlage Wyden. Neubau DaZ-Gebäude im Kindergarten Hänsel und Gretel. Wir bitten um Auskunft, weshalb diese Massnahmen auf spätere Jahre verschoben wurden. Beim Departement Umwelt haben wir keine Fragen. Erlauben Sie mir stattdessen einen kurzen Exkurs. Die ASK hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Wasserverbrauch pro Kopf deutlich zurückgegangen ist. Der nasse Frühling 2013 wird wohl nicht allein daran schuld sein. So viel Wasser verbrauchen die Hobbygärtner dann auch nicht. Vielmehr glauben wir, dass die mahnenden Worte des ASK-Sprechers vom letzten Jahr hier Wirkung gezeigt haben. Hat doch jede Worberin und jeder Worber 13 Liter Wasser pro Tag weniger verbraucht. Wenn ich mich mit dem gleichen Vergleich, wie Gregor Messerli dies beim letzten Mal getan hat, dann ist das eine Getränkeharasse weniger als im Jahr 2012. Auch der Abfallberg pro Einwohner nimmt erfreulicherweise kontinuierlich etwas ab. Aufgefallen ist uns, dass der Heizölverbrauch der Gemeindeliegenschaften und -anlagen mit 240'951 Litern auf einen Liter genau gleich hoch ist wie im Vorjahr. Wir lassen aber offen, ob es in beiden Jahren genau gleich kalt war, ob nach Kontingent eingekauft wird oder ob vielleicht beim Überschreiben des letztjährigen Berichts diese Zahl nicht angepasst wurde. Damit ist mein Exkurs beendet und ich fahre mit den Feststellungen pro Departement weiter. Beim Departement Bildung sind uns die steigenden Schülerzahlen im Kindergarten aufgefallen. Heisst das, dass die Schülerzahlen an den Schulen in

den nächsten Jahren ebenfalls steigen werden? Beim Departement Soziales sind Zahlen aufgeführt, die zum Teil schwer nachvollziehbar sind. Ein Beispiel: Trotz weniger Bevorschussungen und mehr Inkassoerfolgen resultiert ein Mehraufwand (Seite 55). Es werden auch eindrückliche Zahlen präsentiert, etwa der Mahlzeitendienst der Spitex mit über 8'000 Frischmahlzeiten pro Jahr. Das entspricht 22 Mahlzeiten pro Tag, wenn man das Wochenende mitrechnet. Erstaunt nehmen wir die Arbeitseinteilung der Schulsozialarbeit zur Kenntnis. Positiv ist, dass 26% der Arbeitszeit für die Beratung beim Kind eingesetzt werden. Lediglich 6% der Arbeitszeit werden für Prävention aufgewendet. Das ist aus unserer Sicht zu wenig, insbesondere wenn rund 2/5 oder 40% der Arbeitszeit für Planung, Vorbereitung, Weg und Administration draufgehen. Beim Departement Sicherheit fällt auf, dass viele Projekte aufgeschoben bzw. noch nicht abgeschlossen sind. Keine Bemerkungen oder Fragen haben wir beim Departement Planung. Die Aufsichtskommission dankt dem Gemeinderat und insbesondere den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit und den ausführlichen Bericht. Wir freuen uns auf eine kurze Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen. Wir empfehlen dem Grossen Gemeinderat, den Verwaltungsbericht 2013 zu genehmigen.

Schweizer Hans Peter, FDP: Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den ausführlichen Bericht, welcher in diesem Jahr wiederum drei Seiten länger ist als im letzten Jahr. Der Bericht zeigt uns auf, wie viele Franken, Sitzungen, Geschäfte, Prozente, Personal, Gesuche, Kubikmeter, Tonnen, Stunden und vieles mehr eine Zu- oder Abnahme erfahren haben. Der Verwaltungsbericht beschreibt uns die Vergangenheit und gibt uns Kenntnis über die Zukunft. Wir stellen fest, dass nirgends grosse Differenzen gegenüber dem Vorjahr zu finden sind. Im Bericht sind Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung zu finden. Die beiden Punkte – Entwicklung und Zukunft – müssen wir aus dem Bericht herausnehmen. Diese Punkte bringen die Gemeinde weiter. Die drei Vorstösse der FDP empfehlen wir zur Abschreibung. Die FDP-Fraktion wird den Verwaltungsbericht genehmigen.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP-Fraktion hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Wiederum ist ein sehr ausführlicher und umfassender Bericht entstanden. Ich habe zum Beispiel festgestellt, dass die Gemeinde Worb mit 7'344 Stellenprozent einer der grösseren Arbeitgeber in der Gemeinde ist. Im Weiteren habe ich festgestellt, dass die Wohnbevölkerung im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 63 Einwohner abgenommen hat. In der Gemeinde Worb wohnen per Ende 2013 noch 11'305 Einwohner. Die SVP Worb bedankt sich bei der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat für den Verwaltungsbericht 2013.

Burkhalter-Huber Regula, SP: Der vorliegende Verwaltungsbericht 2013 ist umfassend, detailliert und informativ. Einerseits ist es ein Rechenschaftsbericht der Departemente und der Verwaltung, andererseits gibt dieser Bericht auch auf eine besondere Art und Weise Einblick in den Alltag der Bewohner unserer Gemeinde. Aus den Zahlen lässt es sich zum Beispiel lesen, dass im Jahr 2013 gerne gefeiert wurde. Es wurden 65 Bewilligungen für Festwirtschaften ausgestellt. Es wurde aber auch mehr gestritten, siehe polizeiliche Interventionen. Beim Fahrzeugverkehr wurde mehr gesündigt oder vielleicht auch sehr fleissig kontrolliert. Es gab 2'424 Ordnungsbussen, etwa 600 mehr als im Vorjahr. Zwei Bemerkungen zu den Departementen möchte ich gleich anbringen. Beim Departement Bildung hiessen die Projekte: Bildungsstrategie umsetzen, Qualitätsentwicklung ausbauen, Schulraumplanung aktualisieren. Die SP findet, dass die geplanten Massnahmen und Vorkehrungen zielstrebig umgesetzt wurden. Wie wir alle wissen, wurde die Entscheidung zur Zentralisierung der Oberstufe auch herbeigeführt. Da ist gute Arbeit geleistet worden. Eine weitere Bemerkung zum Departement Planung, Seite 68, Weiterführung Bächumatt. Trotz Ablehnung der Ortsplanung sollte bei der neuen Ortsplanung die Einzonung Bächumatt nicht vergessen gehen. Der SP-Fraktion ist es

ein Anliegen, dass die weiterführende Ortsumfahrung in die Planung miteinbezogen wird. Viele Personen der Verwaltung haben bei der Erstellung des Verwaltungsberichts mitgeholfen. Die SP-Fraktion dankt herzlich.

Bergmann Andreas, EVP: Auch in diesem Jahr kamen wir wieder in den Genuss von einem ausführlichen, detaillierten und meistens auch übersichtlichen Verwaltungsbericht. Auch wir von der EVP danken der Verwaltung und dem Gemeinderat ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Nebst den dominierenden Themen wie Ortsplanung, Schulraumplanung, Sonnenareal usw. finden sich auch heitere und erfreuliche Details im Bericht. So war es mir bisher nicht bekannt, dass sich die Polizeiabteilung um eingeklemmte Katzen und herrenlose Hunde kümmert. Umso erfreulicher ist es, dass diese Abteilung trotz dieser Spezialeinsätze ein positives Ergebnis vorlegen konnte. Weniger erfreulich ist die Tatsache, dass grössere Investitionen an Liegenschaften verschoben wurden. Dies hat der ASK-Sprecher bereits erwähnt hat. Die Rechnung 2013 sieht dadurch zwar besser aus, aber diese Investitionen werden uns eher früher als später wieder einholen. Aus Sicht der EVP interessiert uns die Anzahl der eingereichten Vorstösse. Das Anliegen unseres Postulats Bächu wurde bereits vollumfänglich in die Planung aufgenommen und kann deshalb abgeschrieben werden. Ein alter Vorstoss betreffend Durchführung der Jungbürgerfeier vom September 2010 ist noch immer in Bearbeitung. Wir möchten an dieser Stelle den Jugendrat ermutigen, das Anliegen wieder aufzunehmen und bei Bedarf auch Hilfe anzufordern. Die EVP-Fraktion wird diesen Bericht genehmigen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich gehe gerne auf die Fragen von Stefan Graf als Vertreter der ASK ein. Bei der ersten Frage geht es um die einmaligen SQL-Lizenzen von Microsoft mit einem Betrag von rund CHF 50'000.-. Die Frage ist, was das genau ist und auf welche Grundlage sich diese Kosten abstützen? Die Gemeindeinformatik läuft im Rechenzentrum der Talus Informatik AG in Wiler bei Seedorf. Die Talus Informatik AG lädt alle Gemeinden, welche ihre Informatik in Wiler betreiben lassen, im März zu einer Informationsveranstaltung ein. Dort informieren sie unter anderem auch, ob im neuen Jahr neue Software angeschafft werden muss und aus welchem Grund. Der Wechsel auf die neueste SQL-Softwaregeneration war erforderlich, weil verschiedene Anwendungsprogramme dies voraussetzen, insbesondere die Lösung zur Einwohnerkontrolle und das Klienteninformationssystem der Sozialdienste. Vertraglich ist es so, dass die Gemeinde diese Softwarelizenzen bezahlt. Ich kann dazu noch erwähnen, dass Microsoft auf das System mit den jährlichen Lizenzen umsteigt und somit entfallen die unregelmässig anfallenden Softwarelizenzgebühren. Bezüglich der Frage zu den vergünstigten Eintrittspreisen kann ich wie folgt beantworten. Der Gemeinderat hat es abgelehnt vonseiten der Gemeinde die vergünstigten Eintrittspreise einzuführen. Es war der Verwaltungsrat der Sportzentrum Worb AG, der diesen Entscheid nun gefällt hat.

Gemeinderat Hauser Ernst, Departementsvorsteher Bau: Es ist spannend. Die Finanzen werden nicht gesprochen und die ASK fragt, weshalb die Investitionen nicht getätigt werden. Aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde wurde natürlich überall der Rotstift angesetzt. Was in den nächsten zwei Jahren nicht zwingend ist, versuchen wir zu verschieben. Es ist uns aber auch klar, dass die Welle uns irgendeinmal einholen wird. Irgendwann muss investiert werden. Zu den drei Beispielen, die genannt wurden. Die Fassade der Schulanlage Sonnhalde wurde gestrichen. Dies ist auf den Seiten 32 und 35 des Verwaltungsberichtes ersichtlich. Der Fensterersatz wurde aufgrund der Optimierung des Finanzplanes auf das Jahr 2015 verschoben. Ebenfalls wurde die wärmetechnische Sanierung der Schulanlage auf die Jahre 2015/16 hinausgeschoben. Auch da aus dem Grund, dass der Finanzplan optimiert werden kann. Der provisorische DaZ-Container bei den Kindergärten

Hänsel und Gretel darf noch bis im Jahr 2017 weitergeführt werden. Weil dieser Neubau in den nächsten zwei Jahren nicht zwingend ist, haben wir auch dieses Projekt verschoben.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Auch ich werde einen kurzen Exkurs vornehmen. Ganz klar ist der Trend zum tieferen Wasserverbrauch feststellbar. Vor zehn Jahren wurde noch mit mehr als 200 Liter Abwasser- und Wasserverbrauch pro Einwohner gerechnet. Heute wird noch mit 175 Litern pro Kopfverbrauch gerechnet. Was ich aber relativieren muss, ist die Äusserung, dass das Votum des ASK-Präsidenten im letzten Jahr so fruchtbar war. Ich glaube die Gründe liegen ganz an einem anderen Ort. Zum Beispiel sind dies die automatisierten Handwaschanlagen und es sind neu konzipierte Duschköpfe, welche das Wasser bremsen oder besser verteilen. Bei den Toiletten sind die Spülkästen kleiner und die Abwasch- und Waschmaschinen werden immer umweltfreundlicher. All diese Massnahmen sind zwar ökologisch sehr sinnvoll, aber ökonomisch generieren sie Probleme. Die Kehrseite haben wir kennengelernt und deshalb wurde auch das neue Abwasser- und Wasserreglement erstellt. Die Betriebs- und Infrastrukturkosten wurden durch die Verbrauchsgebühren nicht mehr gedeckt. Aus diesem Grund musste die Grundgebühr eingeführt werden, welche einen Teil der Infrastrukturkosten deckt. Die Spareuphorie muss ich grundsätzlich relativieren. Im letzten Jahr gab es drei Mal weniger einen Netzverlust oder Schäden durch einen Rohrbruch. In einer Sache gebe ich der ASK Recht. Wir haben im letzten Jahr den Ölverbrauch zum ersten Mal aufgeführt und natürlich sollte auf der Seite 41 bei den 240'951 Litern das Jahr 2012 stehen. Im Jahr 2013 gab es mehr Kältetage und aus diesem Grund war der Heizölverbrauch bei 256'790 Litern. Falls ihr den Verbrauch von jeder Schulanlage wissen wollt, könnt ihr gerne bei mir nachfragen.

Gemeinderätin Masciadri Monica, stv. Departementsvorsteherin Bildung: Als Stellvertreterin des Departements Bildung beantworte ich die Frage zu den Schülerzahlen. Das Lob der SP zu den realisierten Projekten gebe ich sehr gerne an Christoph Moser weiter. Die ASK fragt, wie die steigenden Zahlen bei den Kindergartenkindern zu erklären sind. Dies bezieht sich auf die Seite 52 des Verwaltungsberichtes. Das Total war im Jahr 2012 191 Kindern und im Jahr 2013 waren es 205 Kinder. Die Erklärung dafür ist, dass der Kindergarten seit dem 1. August 2013 zur obligatorischen Volksschule gehört. Durch die Gesetzesänderung und die damit verbundene Anpassung des Stichtages für den Eintritt in den Kindergarten erhöhen sich die Schülerzahlen dadurch auch in den nächsten Jahren. Auf das Total der Schülerzahlen wird dies aber keinen Einfluss haben. Dies ist ersichtlich, wenn das Total der Kindergartenkinder und der Schüler addiert wird. Im Jahr 2012 waren es 1'086 Kindergartenkinder sowie Schülerinnen und Schüler und im Jahr 2013 waren es 1'079. Es ist wichtig zu wissen, dass seit der Einführung von HarmoS die Kinder während zwei Jahren den Kindergarten besuchen. Es gibt automatisch einen Anstieg.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Ich beginne mit der Schulsozialarbeit. Ich bin sehr froh über die Bemerkung. Die Darstellung, die wir auf den Seiten 53 und 54 finden, ist in der Tat etwas undurchsichtig und der Seitenumbruch macht das Ganze gar nicht übersichtlicher. Ich sehe, dass der Leistungskatalog der Schulsozialarbeit für den nächsten Verwaltungsbericht transparenter dargestellt werden muss. Zu den Bemerkungen im Detail. Projektmitarbeit zum Thema Prävention ist der letzte Punkt auf Seite 53 und bedeutet Schulsozialarbeit in den Kindergarten- und in den Schulklassen. Dies geschieht, wenn die Lehrpersonen die Schulsozialarbeit anfordern. Die Federführung liegt hier bei den Schulen und nicht bei der Sozialarbeit. Zum Thema Planung/Weg/Administration. Es ist tatsächlich sehr verwirrend, wenn diese Arbeiten den höchsten Anteil der Schulsozialarbeit einnehmen würden. Dann wäre dies ganz bestimmt nicht im Sinne des Erfinders. Es ist halt immer die Frage was ist Administration oder bereits Prävention. Die

Darstellung ist wirklich nicht fördernd und ich gelobe Besserung für den nächsten Verwaltungsbericht. Die wirtschaftliche Hilfe in Zahlen ist im Grundsatz wirklich sehr schwer nachvollziehbar, so wie du das gesagt hast, Stefan. Genau aus diesem Grund kontrollieren die Mitglieder der Sozialbehörde jeweils die Dossiers. Diese Kontrolle findet in Anwesenheit des Leiters der Sozialdienste, Werner Zaugg, und den Mitarbeitenden statt. Sie findet regelmässig statt und Fragen können dort unmittelbar gestellt werden. Der Inkassoerfolg auf Seite 55 ist eine direkte Auswirkung der sorgfältigen Arbeit in den Sozialdiensten. Es braucht Einiges an Hartnäckigkeit und Stetigkeit, um 2/3 dieser Gelder wieder einzuholen, das könnt ihr mir glauben. Ansonsten sind die Zahlen der wirtschaftlichen Hilfe sehr volatil, weil wir hier in hohem Masse vom Kanton abhängig sind. Von den Sparbeschlüssen des Grossen Rates haben wir hier in der Gemeinde jeweils auch etwas davon, einfach umgekehrt proportional. Die Erhöhung der Ausgaben, der Sprung war ja eigentlich vom Jahr 2011 zum Jahr 2012 und nicht im letzten Berichtsjahr, ergibt sich durch die Revision der Arbeitslosenversicherung per 1. Januar 2011 und durch die Prämien der Krankenversicherung, welche seit dem Jahr 2012 zulasten der Sozialhilfe gehen. Dies wurde davor in einer separaten Rechnung ausgewiesen. Zum Mahlzeitendienst der Spitex hat es zwar keine Frage gegeben, aber ich möchte dennoch hier eine Information erwähnen. Es handelt sich um Frischmahlzeiten. Diese Mahlzeiten werden im Altersheim zubereitet und sie werden von Mitarbeitenden der Spitex verteilt. Dies ist ein sehr schönes Beispiel für die Vernetzung von mehreren Institutionen der Gemeinde Worb. Diese Vernetzung ist effizient und effektiv.

Kapitelweise Beratung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2013 wird genehmigt.
2. Mit den im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 3.3, angegebenen Begründungen werden abgeschrieben:
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2001 betreffend Jugend-Leitbild
 - Motion der Grüne-Fraktion vom 25. Juni 2007 betreffend Begegnungszone Hauptstrasse und Kirchweg
 - Postulat der SVP-Fraktion vom 21. Juni 2010 betreffend Vortritt des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr
 - Motion der FDP-Fraktion vom 7. September 2009 betreffend Massnahmen zur Sicherung einer nachhaltigen Finanzpolitik
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 21. Juni 2010 betreffend Aktive Entwicklungspolitik
 - Postulat des Jugendrates und der SVP-Fraktion vom 11. September 2006 betreffend Sicherung des Schulwegs Mooshübeliweg - Worbstrasse im Langenloh
 - Postulat der SP-Fraktion vom 22. Juni 2009 betreffend Stopp dem Schleichverkehr

- Postulat der SP-Fraktion vom 9. November 2009 betreffend Sichere Fussgängerstreifen
- Postulat der SP-Fraktion vom 19. März 2012 betreffend Stopp dem Schleichverkehr
- Postulat der SP-Fraktion vom 10. September 2012 betreffend Samstagsmarkt
- Postulat der EVP-Fraktion vom 24. Juni 2013 betreffend Bächu.

Gemeinderechnung 2013: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	4	2013/17-113	956	21/20

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: An der gemeinsamen GPK- und ASK-Sitzung vom 16. Juni 2014 hat Herr Fritz Jenzer uns ausführlich über die vorliegende Jahresrechnung 2013 informiert. Herr Adrian Steffen, Treuhandexperte von der Firma T+R AG in Gümligen, hat die Daten der Revisionsarbeiten bekannt gegeben. Am 6. November 2013 fand eine unangemeldete Zwischenrevision statt. An dem Tag wurden die tagfertige Buchhaltung und der Kassenbestand überprüft. Am 26. November 2013 wurden bei einer normalen Zwischenrevision das Finanzvermögen, die langfristigen Schulden und die Investitionsrechnung unter die Lupe genommen. Am 19. und 20. März 2014 fand die ordentliche Revision statt. Der Fokus lag auf der Bestandesrechnung und der Kontrolle der Vollständigkeit von Verbindlichkeiten. Ich möchte hier nicht mit Zahlen operieren, welche die GGR-Mitglieder selber lesen können. Auch der Vorsteher des Finanzdepartements wird noch darauf eingehen. Ein Verlust von gut 1,1 Mio. Franken spricht schon eine deutliche Sprache. Und abgesehen von den Spezialfinanzierungen werden die Investitionen grösstenteils fremdfinanziert, was eine Erhöhung der Schulden nach sich zieht. Während einigen Jahren hatten die Revisionsstelle und die ASK als negativ beurteilt, dass vom Gemeinderat viel zu viele Nachkredite bewilligt werden mussten. Kredite müssten vor den auszuführenden Projekten besser budgetiert werden. In diesem Bereich ist eine erhebliche Verbesserung eingetreten. Im Jahr 2012 waren noch Nachkredite in der Höhe von CHF 258'000.- zu bewilligen. Im Jahr 2013 nur noch in der Höhe von CHF 57'000.-, also eine Abnahme von knapp 80%. So geht dann nun dafür ein Kompliment an den Gemeinderat und die Verwaltung für die bessere Budgetierung. Die Revisionsstelle hat noch als Bemerkung gemacht, interessant für mich, dass eine Neuaufnahme/Beschaffung von den Fremdmitteln durch den Gesamtgemeinderat gemacht werden kann. Konversionen/Wiederanlage kann durch einen Departementsvorsteher getätigt werden. Die ASK hat die Berichterstattung des Gemeinderates betreffend den NPM-Produkten geprüft und in einer Zweierdelegation mit der Departementsvorsteherin oder dem Departementsvorsteher besprochen. Der Überschuss bei der Feuerwehr fliesst in die Spezialfinanzierung und kann für neue Anschaffungen gebraucht werden. Mit Genehmigung der vorliegenden Rechnung werden die Controllingberichte 2013 auch genehmigt. Noch eine kleine Bemerkung: Auf Seite fünf, Kapitel 1.2.3, der letzte Satz „Auch bei den Beiträgen an die Spitex etc.“ gehört ins Kapitel 1.2.4. Die ASK dankt dem Gemeinderat und insbesondere der Finanzverwaltung für die ausführliche Berichterstattung und gute Arbeit unter der finanziellen prekären Situation. Die AKS empfiehlt dem GGR, die Gemeinderechnung 2013 zu genehmigen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich präsentiere gerne die Gemeinderrechnung 2013 und danke der ASK zu den Vorbemerkungen. Ich habe keine Einwände zu diesen Vorbemerkungen, diese sind soweit korrekt. Ich erlaube mir, die Rechnung 2013 zu erläutern. Die Rechnung wurde am 23. April 2014 den Parteispitzen und am 24. April 2014 der Presse präsentiert. Da die GGR-Sitzung im Mai 2013 bereits viele Traktanden hatte, hat das Büro des GGR beschlossen, die Rechnung auf die heutige Parlamentssitzung zu verschieben. Wir sprechen also heute von gehabten Freuden und Dingen, die in unserer Gemeinde bereits seit längerer Zeit bekannt sind. Das Positive zur Rechnung sage ich gerade zu Beginn. Die Rechnung schliesst mit CHF 31'000.- besser ab als budgetiert. Dies ohne den Ertrag des Verkaufs vom Schulhaus Wattenwil. Dieser Verkauf war für das Jahr 2013 geplant. Schliessen wir diesen Verkauf vom Budget aus, dann wäre die Verbesserung der Rechnung gar CHF 731'000.-. Im Verhältnis zu den restlichen Gemeinden des Kantons Bern hat sich Worb leicht verbessert. Der harmonisierte Ertragsindex ist negativ, sprich die Gemeinde erhält weniger Geld. Dies erfreut in der Regel lediglich die Finanzabteilung. Daraus ist ersichtlich, dass sich Worb in einem ungünstigen Umfeld ein bisschen weniger ungünstig entwickelt hat als das Umfeld. Es ist ein schwacher Trost, aber immerhin ist es einer. Sicherlich positiv zu erwähnen ist der Rückgang der Nachkredite, wie dies die ASK bereits erwähnt hat. Auf der Negativseite bleibt natürlich der Verlust von 1,12 Mio. Franken. Weshalb schliesst die Rechnung besser ab als der Voranschlag oder was hat zu dieser Verbesserung geführt? In erster Linie ist es die Lastenverteilung Lehrergehälter und der öffentliche Verkehr. Beim Verwaltungsbericht wurde bereits erwähnt, dass Investitionen nicht getätigt wurden. Insbesondere Investitionen auf der Seite der Spezialfinanzierungen. Aus diesem Grund ergeben sich tiefere Abschreibungen und dies wiederum entlastet die Rechnung. Die Budgetdisziplin ist bei den direkten Kosten ziemlich genau und last, but not least sind die Gesamtsteuereinnahmen leicht höher als budgetiert. Wie bereits im Voranschlag 2014 aufgezeigt, reicht der Cashflow nicht aus, um die Sicherstellung des Werterhaltes zu gewährleisten. Der Cashflow aus der Selbstfinanzierung beträgt lediglich 2,5 Mio. Franken. Dies sind zwar CHF 335'000.- mehr als budgetiert, aber knapp weniger als im Vorjahr. Wenn lediglich der Steuerhaushalt betrachtet wird, bleibt ein Cashflow von lediglich CHF 616'000.-. Dies ist der tiefste Wert der letzten 20 Jahre. Ich kann mich hier lediglich aus der Budgetdiskussion wiederholen. Wenn der Wert der Infrastruktur aus dem Steuerhaushalt mit ca. 250 Mio. Franken bewertet wird und der betriebsnotwendige Unterhalt vorgenommen werden soll, dann wären 4,5 bis 5 Mio. Franken notwendig. Die Ertragskraft aus dem Steuerhaushalt ist also auf weniger als 15% gesunken. Die Entwicklung in den letzten Jahren ist bedenklich, da die Ertragskraft in den Vorjahren immer rückläufig war. Positiv zu erwähnen sind die Spezialfinanzierungen und der Bereich der Feuerwehr. Durch den Fehlbetrag von 1,12 Mio. Franken hat sich das Eigenkapital per Ende 2013 auf 6,2 Mio. Franken reduziert. Ich erlaube mir nun, einige Zahlen genauer zu erläutern. Ich beginne mit dem Ergebnis (Folienauflage. Die Protokollführerin). Der Aufwand und der Ertrag weisen tiefere Beträge aus. Daraus ergibt sich die Verbesserung von CHF 31'000.- gegenüber dem Voranschlag. Die Nettoinvestitionen betragen 5,23 Mio. Franken. Dies sind rund 2 Mio. Franken weniger als im Voranschlag vorgesehen war und aus diesem Grund wird die Rechnung entlastet. Weiter zu erwähnen sind die Abweichungen beim Aufwand (Folienauflage. Die Protokollführerin). Ich habe bereits erwähnt, dass die Lastenverteilung Lehrergehälter mit CHF 487'000.- tiefer ausfällt als budgetiert. Das sind Kosten des Kantons infolge der Strukturänderungen bei der Volksschule und diese Kosten sind somit nicht beeinflussbar. Die Lastenverteilung öffentlicher Verkehr wird mit CHF 150'000.- entlastet. Eine Zahl, die überrascht ist die familienexterne Kinderbetreuung. Dort gab es keine Entlastungen, sondern im Rechnungsjahr 2013 hat die Gemeinde Beiträge vom Vorjahr erhalten. Weiter geht es mit dem Ertrag (Folienauflage. Die Protokollführerin). Die Ertragszahlen sind im Grossen und Ganzen im Rahmen des Budgets sehr genau ausgefallen. Die CHF 107'626.- betrifft die Leistungen aus dem Finanzausgleich. Wie erwähnt erhält die Gemeinde weniger Zahlungen und steht somit

besser da. Der Minderertrag von knapp CHF 700'000.- Franken resultiert daraus, dass das Schulhaus Wattenwil im Jahr 2013 nicht erfolgt ist. Bei den Zivilschutzanlagen beträgt die Rückerstattung aus einer Versicherungsleistung ca. CHF 94'000.- aus dem Vorjahr. Einige Details sind zu den Investitionen zu erläutern (Foliensatz. Die Protokollführerin). Die Bruttoinvestitionen lagen im Jahr 2013 bei 10,686 Mio. Franken und die Nettoinvestitionen bei 5,23 Mio. Franken. Mehr als 6 Mio. Franken betragen die Investitionen beim Wasserbau/Hochwasserschutz. Diesem Betrag stehen jedoch 5,16 Mio. Franken von Bundes- und Kantonsbeiträgen gegenüber. Die Bruttoinvestitionen sind überdurchschnittlich hoch infolge des Hochwasserschutzprojekts. Weitere grosse Beträge wurden für die Sportanlagen (Nachkredit Sportzentrum Worb AG) und das Darlehen an den Tennisclub ausgegeben. Die Mehreinnahmen bei den Steuerraten stiegen um rund CHF 165'000.-. Die Einkommenssteuern der natürlichen Personen fielen um rund CHF 860'000.- tiefer aus als geplant. Bei der Erstellung des Voranschlags 2013 wurde das Wachstum optimistisch eingeschätzt. Im Voranschlag 2014 wurde dieser Betrag nach unten korrigiert. Der Rückgang bei den natürlichen Personen konnte grösstenteils mit den Einnahmen der juristischen Personen kompensiert werden. Die Gewinn- und Kapitalsteuern betragen fast CHF 300'000.- mehr als budgetiert. Im Weiteren sind folgende Steuererträge zu erwähnen: Jahressteuern, Liegenschaftssteuern und insbesondere die Nach- und Strafsteuern. Budgetiert wurden CHF 20'000.- für Nach- und Strafsteuern. Der Steuerertrag fiel bei dieser Position mit CHF 358'501.- aber deutlich höher aus. Die Diskussion betreffend Steuerhinterziehung zeigt also auch in Worb Wirkung. Wir dürfen bei dieser Position aber natürlich nicht davon ausgehen, dass dieser Ertrag im nächsten Jahr wieder so hoch ausfallen wird. Aus all diesen Steuererträgen resultiert der Gesamtertrag, welcher leicht höher als budgetiert ist. Wenn ihr auf der Folie die Entwicklung anschaut, dann konnte die Gemeinde Worb den Steuerertrag in den letzten Jahren einigermaßen konstant halten. Die Einkommenssteuern der natürlichen Personen sind bis zur Steuergesetzrevision angestiegen. Im Jahr 2009 waren die Erträge bei rund 22 Mio. Franken und im Moment beträgt dieser Betrag 19,5 Mio. Franken. Die Lücke zwischen diesen Jahren ist aufgrund der Steuergesetzrevision erfolgt. Wäre diese Steuergesetzrevision nicht erfolgt, hätten wir wohl wie im Jahr 2009 Steuererträge von 22 Mio. Franken und damit sähe auch die Rechnung besser aus. Es ist immer wieder zu erwähnen, dass aufgrund dieser Gesetzesänderung der Steuerzahler entlastet wurde, aber an einem Ort fehlt dann dieses Geld. Eines der Legislaturziele war, dass wir wissen wollten, wie diese Zahlen zustande kommen. Wie steht Worb im Vergleich zu anderen Gemeinden da? Das Benchmarksystem wurde dazu angepasst (Foliensatz. Die Protokollführerin). Wie hoch ist der Steuerertrag der natürlichen Personen im Verhältnis der juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag? Für den Vergleich mit anderen Gemeinden wurden neu die Gemeinden Konolfingen und Vechigen hinzugefügt, da diese Gemeinden eine ähnliche grossflächige Struktur aufweisen. Die Einwohnerzahlen weichen jedoch von Worb ab. Die Stadt Bern dient nicht mehr als Vergleichsgemeinde. In Worb machen die juristischen Personen knapp 6% des Steuerertrages aus und die natürlichen Personen knapp 83%. Die Lücke sind die weiteren Steuererträge, welche ich vorhin erwähnt habe. Es geht mir bei dieser Aussage primär darum, wenn Firmen ihren Standort nach Worb verlegen würden. In der Gemeinde Ittigen beträgt der Steuerertrag von juristischen Personen knapp 30% oder Lyss, Münsingen und Muri-Gümligen haben Werte zwischen 10 bis 12%. Damit der Finanzhaushalt eine Verbesserung erfahren würde, wäre eine Ansiedelung von Firmen also zwingend. Was als Wunsch in der Bevölkerungsbefragung formuliert war, ist also hier auch in Zahlen ersichtlich. Der nächste Benchmarkvergleich betrifft die Effizienz der Verwaltung. Die Effizienz einer Verwaltung zu messen ist schwierig. Als erste Position wurde der Gesamtaufwand betrachtet. Der Gesamtaufwand wurde durch die Anzahl Einwohner geteilt. In Worb ergibt sich ein Betrag pro Einwohner CHF 4'522.-. Wenn wir diesen Betrag mit den Vergleichsgemeinden anschauen, dann steht Worb sehr gut da. Was heisst dies? Es heisst nicht, dass Worb super ist, aber es bedeutet auch nicht, das Geld aus dem Fenster geworfen wird. Damit nicht nur der Gesamtaufwand betrachtet

wird, wurden die Spezialfinanzierungen abgezogen. Wenn wir den Betrag pro Einwohner mit dem angepassten Gesamtaufwand berechnen, ergibt sich ein Betrag von CHF 1'378.-. Worb steht wiederum an Ende der Liste mit den Vergleichsgemeinden. Welche Aussage kann aus diesem Vergleich gezogen werden? Aussagen zu solchen Zahlen sind immer schwierig abzugeben. Die eine oder andere Nachbargemeinde hat sich auch bereits gemeldet, weil sie vernommen hat, dass sie in diesem Vergleich schlechter abschneidet als Worb. Worb ist im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht ineffizient. Klar ist aber auch, dass die Gemeinde noch effizienter sein könnte. Diese Aussage zur Effizienz ist natürlich auch für den Gemeinderat von Bedeutung. Wenn immer wieder moniert wird, dass noch mehr gespart werden kann, muss ich bei diesem Betrag sagen, dass es Grenzen hat. Wäre dieser Betrag pro Einwohner bei CHF 2'000.- würde ich die Situation auch anders sehen. Die Spezialfinanzierungen sind alle im grünen Bereich. Bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung gibt es eine Unterdeckung und beim Abwasser einen Überschuss. Für das laufende Jahr wird es eine kostenneutrale Korrektur geben, dies wurde bereits beschlossen. Das Wasser wird um 20 Rappen teurer und das Abwasser wird um 20 Rappen günstiger. Bei der Abfallentsorgung gab es einen Ertragsüberschuss. Auch für das Jahr 2015 gehen wir davon aus, dass wieder ein Ertragsüberschuss resultieren wird. Die gesamten Finanzkennzahlen sind in der Tabelle auf Seite neun ersichtlich. Die Definitionen und die Beurteilungen zu den Finanzkennzahlen sind im Anhang des Berichtes erläutert. Der Selbstfinanzierungsgrad beim Steuerhaushalt liegt bei 14,8%. Genügend wäre ein Selbstfinanzierungsgrad von 60 bis 80%. Der Selbstfinanzierungsanteil liegt knapp unter 1,5%. 8 bis 15% wäre beim Selbstfinanzierungsanteil genügend. Wenn wir diese Zahlen sehen, müssen wir nicht diskutieren, in welcher desolaten Situation wir uns befinden. Die Gemeinde kann sich den Unterhalt der Infrastrukturen nicht leisten. Dank den Spezialfinanzierungen sieht das Gesamtbild ein wenig besser aus, aber der Steuerhaushalt weist seit 20 Jahren den tiefsten Wert aus. Der Cashflow von CHF 600'000.- reicht nicht aus. Die Einnahmen müssen dringend ansteigen. Die Ausgaben müssen rückläufig werden, aber die Benchmarkzahlen zeigen es auf, dass es nach unten nicht allzu viel Spielraum gibt. Auf die Controllingprojekte gehe ich nicht im Detail ein. Besonders erfreulich ist der Überschuss, welcher bei der Feuerwehr resultiert. Die Feuerwehr hat sicherlich gut gearbeitet, optimiert und die zur Verfügung stehenden Mittel sehr gut eingesetzt. Mein Fazit: Die Rechnung 2013 und die Zahlen zeigen es ganz deutlich, dass die Gemeinde Worb im Vergleich zu den Regi- onsgemeinden sorgsam mit den finanziellen Mitteln umgeht. Der Gesamtertrag pro Einwohner im Steuerhaushalt ist unterdurchschnittlich. Es fehlen neue Steuerzahlende, aber auch Firmen und somit Arbeitsplätze. Der Spardruck nimmt angesichts des Resultats weiter zu. Es kann nicht nur Aufwand gekürzt werden, sondern die Bereitschaft um Kürzung der Leistungen muss ebenfalls vorhanden sein, sofern der Ertrag nicht gesteigert werden kann. Der Rückstand bei den Erneuerungsinvestitionen steigt an. Es wurde bereits gesagt, dass diese eine Zeitbombe ist und dies kann ich lediglich bestätigen. Wenn wir den Voranschlag 2014 mitberücksichtigen, reicht das Eigenkapital noch für knapp drei Jahre. Weil sich wachstumsertragsfördernde Projekte nicht innerhalb der nächsten drei Jahre realisieren lassen, wird der Gemeinderat im Herbst erneut gezwungen sein, ertragsfördernde Massnahmen sprich eine Steuererhöhung, vorzuschlagen.

Jorio Nicola, GLP: Im Namen der GLP-Fraktion möchte ich mich ganz herzlich bei Markus Läd- rach und Fritz Jenzer für die ausführliche und transparente Gemeinderechnung und vor allem für die Budgetdisziplin bedanken. Ich möchte auf zwei Punkte näher eingehen. Das letzte positive Ergebnis weist die Gemeinderechnung 2011 aus. Damals gab es einen Gesamtaufwand von 46 Mio. Franken. Die Gemeinderechnung 2013 weist bereits einen Aufwand von 50 Mio. Franken und der Voran- schlag 2014 einen Aufwand von 51 Mio. Franken aus. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung in den letzten Jahren von rund 5 Mio. Franken bzw. 10%. Das Legislaturziel der GLP Worb lautet: „Kein Schuldenberg für unsere Kinder“. Dazu gehört auch ein minimales Finanzpolster mit Eigen-

kapital. Dieses Polster ist im Jahr 2013 mit 6 Mio. Franken und voraussichtlich im Jahr 2014 mit 4 Mio. Franken Eigenkapital nicht mehr gewährleistet. Da radikale Einsparungen in Millionenhöhe kurzfristig unrealistisch sind, ist eine befristete Steuererhöhung ab Voranschlag 2015 unumgänglich.

Maccaferri-Iseli Barbara, FDP: Zuerst möchte die FDP dem Gemeinderat, besonders Markus Läd-rach, Fritz Jenzer und seinem Team herzlich für die geleistete Arbeit danken, die schlussendlich zu dieser sauber und ausführlichen Darstellung der Gemeinderechnung geführt hat. Es ist heute Abend keine Überraschung, dass die Gemeinderechnung mit einem Verlust abschliesst. Er beträgt stolze 1,12 Mio. Franken. Dies hat sich bereits beim Voranschlag 2013 und während des vergangenen Jahres abgezeichnet. Markus Läd-rach hat es bereits erläutert. Die grössten Einnahmequellen sind die Steuereinnahmen. Davon machen diejenigen der natürlichen Personen in der Rechnung 2013 knapp 75% aus. Wie bereits im Vorjahr fehlen auch im Jahr 2013 Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Gegenüber dem Budget sind dies rund CHF 850'000.-. Nicht nur sparen ist angesagt, auch die Rahmenbedingungen bewirken, dass Steuereinnahmen generiert werden können, insbesondere bei natürlichen Personen. Grosse Priorität und Dringlichkeit erhält das rasche Vorantreiben der Ortsplanung, speziell auch die Teilortsplanungen. So kann wieder gebaut werden und die Gemeinde hat die Möglichkeit sich weiter zu entwickeln. Trotz allem ist die Gemeinderechnung 2013 Vergangenheit. Wir müssen in die Zukunft schauen. Auch die Rechnung 2014 wird nicht rosig ausfallen. Aus unserer Sicht ist der Sparauftrag nach wie vor vorhanden. Als Grundlage dazu dient der Voranschlag 2014, der die Tendenzen aufzeigt. Erste Verzichtsmassnahmen wurden anlässlich der letzten GGR-Sitzung beschlossen. Diese werden bereits im laufenden Jahr umgesetzt. Ein wesentlicher Teil ist die Erhöhung der Liegenschaftssteuer, also eigentlich keine Einsparung. Das reicht aber bei Weitem noch nicht aus, um die Gemeinderechnung 2014 ins Lot zu bringen und das Eigenkapital nicht noch mehr zu strapazieren. Die finanzielle Realität wird in Zukunft die Marschrichtung vorgeben. Wünsche haben wir alle, realisierbar sind leider nur wenige. Ziehen wir aus der finanziell schwierigen Situation die richtigen Schlüsse für das bevorstehende Budget 2015. Die FDP hat bereits im Jahr 2013 ein entsprechendes Postulat und an der letzten GGR-Sitzung die dringliche Motion „Sanierung Worber Finanzen/Weitere Sparmassnahmen“ eingereicht. Die FDP erwartet deshalb im Voranschlag 2015 und im Finanzplan 2015/19, dass zusätzliche und aussergewöhnliche Massnahmen geprüft werden können. Diese tun vielleicht weh, aber einer Sanierung der Finanzen werden sie mittelfristig dienen. Der Gemeinderat und sämtliche Departemente sind da gefordert. Die FDP wird die Gemeinderechnung genehmigen.

Läderach Christof, BDP: Die BDP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für die sauberen Unterlagen und die grosse Arbeit. Die erwartenden Zahlen freuen uns trotzdem nicht. Was wir heute tun, ist eine unbeeinflussbare Rückschau. Viel wichtiger ist uns, Massnahmen zu diskutieren, um solche Ergebnisse längerfristig zu verhindern. Der Spardruck ist sehr gross. Der Vergleich mit anderen Gemeinden zeigt, dass mit unseren Steuergeldern nicht unsorgsam umgegangen wird. Alle, die das behaupten betrachten die ganze Angelegenheit oberflächlich. Generelle Einsparungen über alles sind nur möglich, wenn wir alle auf gewisse Annehmlichkeiten in Zukunft bereit sind zu verzichten. Wenn wir zum Schluss kommen, dass das unsere Probleme löst, werden wir viele Dienstleistungen und Angebote nur noch vom hören sagen kennen. Und das tut weh. Von der politischen Umsetzung möchte ich gar nicht erst sprechen. Der Spardruck ist gross, wenn man bedenkt, dass viele Unterhalts- und Renovationsarbeiten aufgeschoben werden und dringend benötigte Investitionen vertagt werden mussten. Um die Aufgaben erfüllen zu können, erachten wir eine Steuererhöhung nicht nur sinnvoll, sondern auch unausweichlich. Das haben wir bereits vor einem Jahr so vorgeschlagen. Wichtig ist das gemeinsame Unterstützen einer solchen Massnahme, damit die be-

vorstehenden Aufgaben bewältigt werden können, ohne ein finanzielles Fiasko zu hinterlassen. Ohne diese befristete Massnahme benötigt Worb kein neues Bauland. Denn wer sollte und warum in unsere Gemeinde ziehen? Die BDP-Fraktion empfiehlt, die Gemeinderechnung 2013 zu genehmigen.

Suter Harry, EVP: Die EVP dankt der Gemeindeverwaltung für das Erstellen und Kommentieren der Rechnung 2013. Noch vor kurzem konnten wir Ertragsüberschüsse und Schuldenabbau in der Jahresrechnung „geniessen“. Nun, dieses Jahr haben wir einen Fehlbetrag von 1,12 Mio. Franken. Es fällt dazu auf, dass die beeinflussbaren Bereiche etwa im Budget blieben und hier kaum ein Spielraum für Anpassungen, d.h. Kürzungen vorhanden sind. Die Abweichungen wie CHF 700'000.- geringere Einkommenssteuern der natürlichen Personen, dafür höhere Erträge bei den juristischen Personen oder die für Worb besseren das heisst geringeren Kosten bei der Lastenverteilung bei den Lehrergehältern und dem öffentlichen Verkehr haben sich in der Rechnung 2013 etwa aufgehoben. Wie schon in der Finanzplanung präsentiert, ist das Steuersubstrat der natürlichen Personen in den vergangenen Jahren gesunken. Einerseits durch die Steuergesetzrevision wie auch durch Umzüge. Daher haben wir aktuell ein Einnahmeproblem. Im Griff haben wir den Bereich der Spezialfinanzierungen Abfall, Wasser und Abwasser. Bei den Investitionen wird es irgendwann eine Ansammlung von nötigen Investitionen geben. Die EVP stimmt der Jahresrechnung 2013 zu.

Wermuth Bruno, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion bedanke ich mich bei Markus Lädach, Fritz Jenzer und seinem Team für die Rechnung 2013, welche vor uns liegt, aber natürlich nicht für das Ergebnis. Immer wieder steht die Frage im Raum, ob die Gemeinde ein Ausgabeproblem hat oder nicht? Nicola Jorio hat erwähnt, dass die Ausgaben stetig erhöht wurden. Mittlerweile sind die Ausgaben bereits bei 50 Mio. Franken. Die Frage stellt sich, weshalb diese Ausgaben steigen? Ist es, weil die Verbundaufgaben alle Jahre weiter zunehmen? Zudem gibt es viele Ausgaben, welche nicht beeinflussbar sind. Die beeinflussbaren Kosten sind gar nicht gross angestiegen. Wir haben es mehrmals gehört, dass nun die Steueranlage erhöht werden soll. Fakt ist, dass der Gemeinderat auch bei der Steuergesetzrevision im Jahr 2009 es verpasst hat, strategische Massnahmen umzusetzen. Wenn damals eine Massnahme getroffen worden wäre, hätte die Gemeinde nun nicht das Problem, dass bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen in jedem Jahr rund 2 Mio. Franken fehlen. Es braucht nur noch einige Einflüsse der Wirtschaft, dann wird dieser Betrag sofort kumuliert und schmerzt umso mehr. Fakt ist, dass 1,12 Mio. Franken fehlen. Mit dem Eigenkapital von 6 Mio. Franken muss sich in nächster Zeit etwas ändern. Früher oder später wird das Thema Steuererhöhung diskutiert werden müssen. Auch wenn das Parlament eine Steuererhöhung beschliesst, wissen wir nicht, ob das Volk dieser Erhöhung ebenfalls zustimmen wird oder nicht. Die SVP-Fraktion stimmt der Gemeinderechnung 2013 zu.

Fröhlich Viktor, SP: Alle Jahre wieder. Die Gemeinderechnung 2013 liegt vor uns und wie in jedem Jahr ist sie sauber und informativ dargestellt. Die SP-Fraktion möchte an dieser Stelle den Herren Markus Lädach, Fritz Jenzer und seinem Team danken. Aus unserer Sicht gibt es dazu nicht mehr viel zu sagen, denn wir reden hier über gehabte Freuden. Auch das Resultat kann nicht wirklich überraschen. Wie in jedem Jahr folgen an dieser Stelle die Möglichkeiten zum Sparen und zum Generieren von Einnahmen. Einige bekannte Stichworte dazu sind: Überprüfung der internen Strukturen, Wohnraum-, Schulraum- und Ortsplanung. Doch trotzdem ist in diesem Jahr etwas anders. Mit der Abstimmung der Zentralisierung der Oberstufe vom 18. Mai 2014 konnte gezeigt werden, dass auch unpopuläre Massnahmen vom Volk akzeptiert werden. Es wurde strategisch und intensiv vortreten und gearbeitet. Genau dieses Engagement ist wahrscheinlich Grund für die Akzeptanz dieses Entscheides in der Bevölkerung. Zurzeit steht wieder ein Projekt an, das meiner Meinung und der

Meinung der SP-Fraktion nach, möglichst schnell und mit viel Einsatz vorangetrieben werden soll. Die Rede ist vom ESP Worboden. Später in dieser Sitzung werden wir noch zu diesem Projekt etwas hören. Bleiben wir hier nicht nur am Ball, sondern versuchen wir das Spiel zu gestalten. Die SP-Fraktion wird diese Rechnung annehmen.

Kapitelweise Beratung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Jahresrechnung 2013 mit einem Aufwand von CHF 49'919'032.32 und einem Ertrag von CHF 48'798'279.18, ergebend einen Aufwandüberschuss von CHF 1'120'753.14, wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Sportzentrum Worb AG; Erhöhung des Gemeindebeitrags: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	5	2013/17-114	1079	10/10/11

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Federer Guido, GPK: Die GPK bedankt sich herzlich bei Fritz Jenzer, welcher die GPK und ASK in einer gemeinsamen Sitzung ausführlich zum vorliegenden Geschäft orientiert hat. Die finanzielle Lage der Sportzentrum Worb AG präsentiert sich, wie wir alle wissen, deutlich schlechter als bei der Darstellung an der Volksabstimmung im September 2009. Dies hängt mit den damals angenommenen Planwerten zusammen, welche sich als nicht realistisch erwiesen haben. Die momentan laufenden Verbesserungen sollen es jedoch erlauben, dass der Betrieb ab dem Jahr 2016 kostendeckend sein wird. Abschreibungen werden jedoch zum grössten Teil nach wie vor nicht möglich sein. Der Anlagespiegel in der Botschaft weist jährlich notwendige Abschreibungen von rund CHF 500'000.- aus, welche den langfristigen Betrieb und Unterhalt der Anlagen sicherstellen. Für die

Sicherstellung der Abschreibungen soll der Gemeindebetrag um maximal CHF 400'000.- erhöht werden. Dieser wird jedoch nicht automatisch vollumfänglich ausbezahlt. Der effektiv benötigte Beitrag wird jährlich aufgrund des Geschäftsgangs festgelegt. Der zusätzliche Gemeindebeitrag darf auch nur für Abschreibungen verwendet werden. Dafür wird dieser auf ein Kontokorrent bei der Gemeinde geöffnet und nur im Fall eines Bedarfs auf Antrag des Verwaltungsrats ausbezahlt. Als Leistung muss die Sportzentrum Worb AG mindestens ein Schwimmbad eine Eisbahn sowie ein Restaurant betreiben. Weitere Anlagen sind unseres Wissens nicht geregelt. Zudem dürfen ab dem Jahr 2016 nur noch die Eisbahn sowie das Schwimmbad unterstützt werden. Nun möchte ich mich noch zur Differenz von CHF 400'000.- und CHF 370'000.- äussern. Die Sportzentrum Worb AG unterliegt der Mehrwertsteuerpflicht, dementsprechend der Gemeindebeitrag ebenfalls. Deshalb entsprechen die zusätzlich beantragten CHF 400'000.- effektiv nur CHF 370'000.- welche für die AG nutzbar sind. Das ist einer der Nachteile der AG. Andererseits bietet die AG auch Vorteile, da diese Organisationsform beispielsweise nicht dem öffentlichen Beschaffungswesen unterliegt. Nun möchte ich einige Bemerkungen zur Botschaft an den GGR machen. Diese Botschaft ist sehr kurz gehalten und es wird insbesondere für die Ausgangslage auf die Botschaft an die Stimmberechtigten verwiesen. Unter Kapitel zwei in der Botschaft sind die Auflistungen der Stellungnahmen zu den Anträgen der Finanzkommission zum Geschäft aufgeführt, dies wird sehr begrüsst. Diese geben aus Sicht der GPK einen guten Überblick über die Auswirkungen anderer Massnahmen als der Erhöhung des Gemeindebeitrages. Die Botschaft an die Stimmberechtigten, welche im Entwurf beigelegt ist, ist aus Sicht der GPK nicht optimal aufgebaut und sollte grundlegend überarbeitet werden. Wir haben dazu verschiedene grundsätzliche Anliegen. In der Botschaft werden die Auswirkungen auf die Finanzlage der Gemeinde Worb nicht dargestellt. Eine Würdigung dieser doch ansehnlichen Beitragserhöhung erscheint uns angesichts der aktuellen Spardiskussionen jedoch zentral. Nicht dargelegt werden ebenfalls die Auswirkungen einer Ablehnung der Stimmberechtigten. Ohne die Kenntnis der Folgen einer Ablehnung des Geschäftes ist es für die Stimmberechtigten aus Sicht der GPK jedoch kaum möglich eine fundierte Entscheidung für oder gegen die Erhöhung des Gemeindebeitrages zu treffen. Die jährliche Festlegung des Gemeindebeitrages wird von der GPK begrüsst. Es fehlen jedoch genaue Angaben zur Entscheidungsgrundlage beziehungsweise zum Controlling bei der Festlegung des jährlichen Beitrages durch den Gemeinderat. Es soll weiterhin angestrebt werden, dass in der gesamten Botschaft durchgehend dieselben Zahlen, das heisst entweder CHF 370'00.- oder CHF 400'000.- verwendet werden. Eine Vermischung führt aus unserer Sicht nur zur Verwirrung. Zudem ist darauf zu achten, dass eine einfache Terminologie verwendet wird, denn es kann nicht vorausgesetzt werden, dass sich die Stimmberechtigten sehr intensiv mit den Unterlagen auseinandersetzen oder dass sie auch ein betriebswirtschaftliches Wissen haben. Wir haben auch noch Empfehlungen zu den einzelnen Kapiteln in der Botschaft. Diese haben wir dem Büro GGR bereits zugestellt. Die Wichtigsten sind folgende: Das Kapitel eins ist betitelt mit „Beschluss der Stimmberechtigten“ darunter ist aber deutlich mehr, nämlich Angaben zur heutigen Situation, aufgeführt. Dieses Kapitel sollte dementsprechend aufgeteilt werden. Zudem soll dort erläutert werden wie die Veränderung von der Situation im September 2009 zur heutigen Situation zu Stande kam. Dann erscheint uns die Tabelle im Kapitel 4.2 zu komplex. Darin sind verschiedene Positionen, namentlich Zinsen und Steuern aufgeführt, welche aus unserer Sicht für die Stimmberechtigten keine Mehrinformationen enthalten. Wir würden eine Darstellung bevorzugen, in der insbesondere die verschiedenen Situationen, nämlich das Ergebnis ohne den Gemeindebeitrag, das Ergebnis mit dem alten Gemeindebeitrag, sowie das Ergebnis des neuen Gemeindebeitrags ersichtlich sind. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt den Grossen Gemeinderat, ab dem Jahr 2014 eine Erhöhung des jährlich wiederkehrenden teuerungsindexierten Beitrags von bisher maximal CHF 400'000.- auf neu maximal CHF 800'000.- an die Sportzentrum Worb AG und die Defizitdeckung des Wisleparcs zu bewilligen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich danke dem Sprecher der GPK, Guido Federer, ganz herzlich für die gute Einführung in dieses Geschäft. Die Anlagen des Wisleparcs haben eine grosse Bedeutung für die Gemeinde Worb. Hier können sich unsere Einwohnerinnen und Einwohner erholen, hier können sie ihre Freizeit verbringen, hier können sie sich sportlich betätigen, einen spannenden Eishockeymatch besuchen oder im Restaurant Wisle in schönster Umgebung ein feines Essen geniessen. Der Wislepark ist damit ein ganz wichtiges Angebot der Gemeinde zugunsten ihrer Einwohnerinnen und Einwohner und ist damit ein wichtiges Element für das Standortmarketing von Worb. Das soll so bleiben. Die Anlagen des Wisleparcs sollen langfristig für die Bevölkerung zugänglich bleiben. Das ist das feste Anliegen des Gemeinderates. Das ist aber nur dann gewährleistet, wenn die Sportzentrum Worb AG auf finanziell gesunden Füßen steht. Erstens: Das Betriebsergebnis muss ausgeglichen sein. Dies ist mit dem jährlichen Betriebsbeitrag von CHF 400'000.- ab dem Jahr 2016 voraussichtlich sichergestellt. Dabei ist zu erwähnen, dass die grössten Anlageteile, nämlich das Schwimmbad und die Eisbahn zusammen, einen jährlichen Aufwand haben, der noch ohne Zinsen und ohne Abschreibungen den Ertrag um ca. eine halbe Million Franken übersteigt. Somit übersteigen sich der Aufwand ohne Zinsen sowie der Aufwand ohne Abschreibungen in diesen beiden Anlageteilen den Ertrag um ca. eine halbe Million Franken. Der Unterhalt der Anlagen und der Gebäude muss finanziell sichergestellt sein. Dies geschieht über die jährlichen Abschreibungen. Dazu wird der Wiederbeschaffungswert der Anlagen geteilt durch die voraussichtliche Nutzungsdauer. Die entsprechende Tabelle wurde ihnen ausgehändigt. Die Nutzungsdauer ist bekanntlich für jedes Objekt unterschiedlich. Man sieht hier, dass für die ganze Anlage jährliche Abschreibungen ebenfalls in der Grössenordnung von einer halben Million Franken erforderlich sind. Als dritter Punkt kommt dazu, wenn diese Abschreibungen nicht in ausreichendem Mass gemacht werden, dann fehlen der Sportzentrum Worb AG irgendwann, und das ist möglicherweise schon relativ rasch, die finanziellen Mittel, um den Unterhalt und die Erneuerung der Gebäude und Anlagen vorzunehmen. Dabei ist zu beachten, dass eben die Kälteanlage der Eisbahn und auch die Wasseraufbereitungsanlage in der Badi beide über dreissig Jahre alt sind und damit die Nutzungsdauer eigentlich schon überschritten haben. Der vierte Punkt: Bei den Vorgängergenossenschaften, wir haben es kürzlich hier behandelt auch beim Stadttheater Bern hat man genau das fälschlicherweise gemacht, es wurde auf die Abschreibungen verzichtet. Beim Stadttheater mussten Mittel in der Grössenordnung von 50 Mio. Fr. für die Renovation zusammengekratzt werden. Bei den Genossenschaften SSW und GWK, das waren die beiden früheren Träger-schaften des Sportzentrums, führte es dazu, dass diese die Erneuerung der Anlagen nicht sicherstellen konnten und deswegen saniert werden mussten. Ganz einfach, weil man die Abschreibungen nicht vornahm bzw. nicht vornehmen konnte. Genau das darf beim Sportzentrum nicht passieren – genau das will der Gemeinderat verhindern. Er beantragt deshalb, dass die erforderlichen Mittel für die Abschreibungen auf die Seite gelegt werden können, so dass diese dann zu gegebener Zeit zur Verfügung stehen und die Anlagen gut unterhalten werden können. Zur Handhabung: Das Geld, das für die Abschreibungen zur Seite gelegt wird, wird der Sportzentrum Worb AG erst ausgehändigt, wenn die Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten ausgeführt werden müssen. Die Abrechnung erfolgt dann über einen Kontokorrent in der Kompetenz des Gemeinderates. Damit die jährlichen Abschreibungen getätigt werden können, muss der Betriebsbeitrag um CHF 400'000.- erhöht werden. Wie der Botschaft zu entnehmen ist, handelt es sich dabei um einen Maximalbeitrag. Dieser wird aufgrund des Rechnungsergebnisses des Vorjahres im ersten Semester des Folgejahres festgelegt und mit der 2. Tranche des Betriebsbeitrages Anfangs Juli verrechnet. Die konkrete Höhe des Gemeindebeitrags hängt ab von der revidierten Jahresrechnung und vom Budget ab. Bei gutem Verlauf im Wislepark wird der Gemeinderat einen tieferen jährlichen Beitrag sprechen. Damit hat der Gemeinderat sehr wohl die Möglichkeit, die Geschäftsführung der Sportzentrum Worb AG zu

beeinflussen. Ich danke schliesslich der GPK bestens für die wertvollen Hinweise zum Verfassen der Abstimmungsbotschaft. Wir werden diese Hinweise an das Büro des GGR weitergeleiten, das für das Verfassen der Botschaft verantwortlich ist. Ich bitte euch, den Antrag des Gemeinderates gut zu heissen und die Erhöhung des Gemeindebeitrages zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 28. September 2014 zu genehmigen. Besten Dank.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Wenn ich heute Abend hier im GGR sitze, anstatt mit meiner 10-jährigen Tochter ihren Geburtstag zu feiern, ist es, weil wir gerade heute über die beiden Geschäfte Sportzentrum Worb AG und ESP Worboden befinden. Diese Geschäfte sind auch für die Zukunft meiner Tochter, aber auch vor allem für die Zukunft der Gemeinde Worb wichtig. Mit der Wahl in den GGR habe ich mich bereit erklärt Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört es, Fragen zu stellen, und zwar auch unangenehme Fragen. Und zwar solange bis die Sache für den Bürger durch klare Fakten zu beurteilen ist. Auch wenn dies in der letzten GGR-Sitzung der SP-Fraktion von der höchsten Stelle zum Vorwurf gemacht wurde. Und genau dies ist auch heute Abend unsere Aufgabe im aktuellen Geschäft. Fragen stellen, bis die Botschaft so klar ist, dass der Worber Steuerzahler und Stimmbürger aufgrund der Fakten eine eigene Meinung bilden kann. Doch mehr als Fragen zu stellen steht uns heute Abend klar nicht zu. Der Wislepark gehört nämlich nicht dem Parlament, er gehört den Bürgerinnen und Bürgern von Worb. Genau aus diesem Grund muss das Geschäft heute Abend vom Parlament überwiesen werden. Schlussendlich soll der Steuerzahler selber darüber befinden können wie viel ihm der Wislepark wert ist. Die SP-Fraktion findet folgende Punkte für die Abstimmungsbotschaft wichtig: Erstens muss die Abstimmungsbotschaft so geschrieben werden, dass jede Person sie verstehen kann, welche sich nicht täglich mit dieser Materie befasst. Zweitens ist es wichtig, dass die Botschaft die Erklärung liefert, warum es mehr Geld benötigt. Der Vergleich mit anderen Gemeinden muss zeigen, dass andere Gemeinden ähnlich hohe oder höhere Beiträge an ihre Schwimmbäder oder Kunsteisbahnen ausrichten. Es muss verständlich gemacht werden, dass sich diese Beiträge unterscheiden, weil Worb als einzige Gemeinde die Anlage nicht über das Verwaltungsvermögen abschreibt, da der Wislepark eine AG ist und somit müssen die Abschreibungen von der AG getroffen werden. Wir empfehlen da die Vergleichstabelle mit anderen Gemeinden von Fritz Jenzer. Drittens muss klar aufgezeigt werden was passiert, wenn die Erhöhung des Gemeindebeitrages abgelehnt wird. Viertens muss erläutert werden, dass die Erhöhung von CHF 400'000.- nicht direkt auf das Konto des Wislepark fliesst, sondern im Besitz der Gemeinde auf einem Kontokorrent bleiben. Um an dieses Geld heranzukommen, muss der Verwaltungsrat einen Antrag an die Gemeinde stellen, der die Höhe des Betrages begründet, welcher abgeschrieben werden soll. Die Gemeinde hat damit die Kontrolle und die operative Leitung. Der Wislepark steht damit unter einem gewissen Druck. Die SP-Fraktion möchte an dieser Stelle dem Verwaltungsrat für die in kurzer Zeit getroffenen Massnahmen, welche sich positiv auf die Attraktivität und somit auf die bessere Auslastung des Wislepark ausgewirkt haben, ganz herzlich bedanken. Besonders gefreut hat uns natürlich die Tatsache, dass der lang geforderte Familienpass und die Vergünstigung für die Worber Bevölkerung eingetroffen sind. Die SP-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Cetin Mayk, EVP: Die Stimmberechtigten der Gemeinde Worb haben am 27. September 2009 einen jährlichen wiederkehrenden Beitrag von maximal CHF 400'000.- an die Sportzentrum Worb AG bewilligt. Nach rund zwei Betriebsjahren stellt aber die AG fest, dass der bisherige Beitrag der Gemeinde zwar ausreicht, um den Betriebsverlust zu decken, nicht aber um die jährlich notwendigen Abschreibungen zu finanzieren. Dass die durch Experten getroffenen Annahmen im September 2009 nicht ganz der Realität entsprachen, haben wir schon mehrmals gehört und sollte hier nicht im Zentrum der Debatte stehen, da sich an dieser Situation nichts ändern lässt. Heute geht es nur darum, den Grundstein für den langfristigen und somit über mehrere Generationen hinweggehenden

Erhalt unseres in der Region einzigartigen Wislepark zu legen. Ein Wislepark, der über die Gemeindegrenzen hinaus Anziehungskraft besitzt und der die Standortattraktivität von Worb steigert. Ein Wislepark, der von 70% der Stimmberechtigten im Jahr 2009 in dieser Form angenommen wurde. Und ein Wislepark, der heute von einer grossen Stammkundschaft und vielen Vereinen und Privatpersonen jeder Altersgrenze geschätzt wird. Diese Beliebtheit spiegelt sich an der erfreulichen finanziellen Entwicklung in den letzten zwei Jahren wieder. Zusammen mit weiteren Verbesserungen im Betrieb und beim Ertrag geht man sogar davon aus, dass es ab dem Jahr 2016 möglich sein wird, den Wislepark ohne Verlust zu betreiben. Die Mittel für die Finanzierung der Abschreibung können jedoch nur zu einem geringen Teil erarbeitet werden. Deshalb macht es Sinn, dass man rechtzeitig die Finanzierung der Abschreibungen, welche wie ein Renovationsfonds zu betrachten sind, mit einem Maximalbetrag der Gemeinde sicherstellt und so den langfristigen Erhalt dieser „Worber Perle“ auch für künftige Generationen sichert. Wichtig ist uns hier zu erwähnen, dass dadurch für die Gemeinde und für künftige Generationen kein Risiko mehr besteht, dass für ausserordentliche Unterhaltsarbeiten zusätzliches Geld von der Gemeinde benötigt wird. Diese Vorgehensweise ist also nicht nur vom Aktienrecht für eine AG vorgeschrieben, sondern auch gerecht gegenüber künftigen Generationen. Das Berner Stadttheater sollte uns als negatives Beispiel bekannt sein, bei dem keine sauberen fortlaufenden Abschreibungen gemacht wurden. Wir von der EVP sind überzeugt, dass die Sportzentrum Worb AG und die Angestellten ihr Bestes geben, um den Betrieb so attraktiv und kostenoptimiert wie möglich zu gestalten. Wir von der EVP stimmen der Genehmigung zur Erhöhung des Gemeindebeitrags auf total maximal CHF 800'000.- an die Sportzentrum Worb AG zuhanden der Stimmberechtigten zu und sind überzeugt, so den Grundstein für den über mehrere Generationen hinweggehenden Erhalt unseres in der Region einzigartigen Wislepark zu legen.

Wälti Martin, SVP: Wenn wir dieses Geschäft rückblickend betrachten, waren wir von der SVP und auch die Mehrheit des Parlamentes immer sehr gutgläubig. Aus der heutigen Sicht liessen wir uns dabei mehrmals über den Tisch ziehen. Es ist leider eine traurige Tatsache. Ich bin schon eine Weile hier im Parlament und kann die Geschichte auch Revue passieren lassen. Dies ist den jüngeren Parlamentsmitgliedern nicht möglich und sie haben deshalb eine andere Sicht zu diesem Geschäft. Bei der Abstimmung wurde ein Gemeindebeitrag von CHF 400'000.- vorgelegt. Dieser Betrag war in der Botschaft so ausgewiesen. Nach dem alles fertiggestellt ist und wir fast keine andere Möglichkeit haben, muss dieser Beitrag nun verdoppelt werden. Ich sage nicht, dass die hier anwesenden Personen die Hauptschuldigen für dieses kleine Fiasko sind. Wir glaubten dem damaligen Gemeinderat, den Beratern, den Planungsfirmen, die ja die Besten sein sollten, aber leider auch die teuersten waren. Wir vertrauten auch dem damals eingesetzten Verwaltungsrat sowie dem Betriebsleiter, der ja vom Gemeinderat gewählt und im Vorfeld immer hochgelobt wurde. Aber, und da sind wir uns wohl auch alle einig, das war ein kompletter Reinfluss. Im Nachhinein musste ein Darlehen übernommen werden und wir bewilligten einen zusätzlichen Beitrag von insgesamt über 2 Mio. Franken, um den Eigenbetrieb zu finanzieren. Dieser Eigenbetrieb wurde aus heiterem Himmel plötzlich bevorzugt. Aus heutiger Sicht wäre wohl eine Fremdvermietung der Bereiche Fitness, Wellness oder Restaurant rentabler oder zumindest berechenbarer. Wir wollten anfänglich die Variante eins. Wir wurden aber mit Nachdruck von den Spezialisten und Besserwissern dahin geführt, dass wir die teuerste Variante drei wählen sollten und lediglich weil diese betriebswirtschaftlich mit Abstand am besten sein sollte. Heute wissen wir, dass die Variante eins wohl die vernünftigste gewesen wäre. Es ist noch kein Jahr vergangen, seit dem der Souverän die Steuererhöhung deutlich ablehnte. Nun soll das Volk einer Erhöhung von CHF 400'000.- des Gemeindebeitrages für den Wislepark zustimmen und möglicherweise kurze Zeit später auch noch einer Erhöhung der Steueranlage. Dies wird bestimmt kein einfaches Unterfangen. Hier stellt sich nun die Frage, ob sich der

Verwaltungs- und der Gemeinderat einen Plan B überlegt hat, der bei einer Ablehnung des Gemeindebeitrages für den Wislepark oder der Ablehnung einer Steuererhöhung an der Urne eingesetzt werden kann. Wir wollen den Wislepark erhalten, aber wir wollen nicht, dass er zu einer Geldvernichtungsmaschine der Gemeinde wird. Wir sehen die betriebswirtschaftlichen Verbesserungen beim Wislepark deutlich und schätzen den grossartigen Einsatz des neu eingesetzten Verwaltungsrates sehr. Ihm gilt auch keine Kritik, sondern viel mehr Hochachtung und Unterstützung. Ein Teil der SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Erhöhung des Gemeindebeitrages und die damit verbundene Abstimmung um ein Jahr zu verschieben und eine Rückweisung des Geschäftes zu beantragen. In einem Jahr hätten wir dann definitiv genauere Finanzaufstellungen und übersichtlichere Betriebsergebnisse, was einem allfälligen Urnengang zur Beitragserhöhung bestimmt zugute kämen. Umso mehr zu erwähnen ist, dass die Betriebs-AG während einem Jahr ohne Erhöhung des Gemeindebeitrages nicht konkursgefährdet wäre. Wir wissen, dass sich im Parlament für diesen Antrag keine Mehrheit finden wird. Dieser Teil der SVP-Fraktion wird dem Geschäft heute Abend nicht zustimmen, der andere Teil meint, dass wir um die Erhöhung des Gemeindebeitrages nicht herumkommen, und wird daher dem Geschäft zustimmen.

Christensen Sven, FDP: Wir danken dem neuen Verwaltungsrat und dem Team für seine Arbeit, seine Kommunikation mit teilweise umfangreichen Informationen. Trotz der noch kurzen Wirkungszeit können wir seit dem Herbst 2013 eine positive Entwicklung erkennen. Zudem stellt der Verwaltungsrat mit seinen Prognosen für das Jahr 2014 weitere Verbesserungen in Aussicht, mit einem deutlich höheren Ergebnis als die Budgetvorgaben. Der Verwaltungsrat will zudem ab dem Jahr 2016 den bereits gesprochenen Gemeindebeitrag von CHF 400'000.- nur noch für Defizite des Schwimmbades und der Eishalle einsetzen. Dem neuen Verwaltungsrat ist somit Vertrauen zu schenken. Dennoch ist zu beachten, dass diese Vorgaben und Annahmen des Verwaltungsrates auf eher kurzfristige Erkenntnisse beruhen. Erhärtete Aussagen zu den einzelnen Bereichen und eine mögliche Überprüfung und Bestätigung des heutigen Setups würden eine Nachvollziehbarkeit stark erhöhen. Mit dieser Ausgangslage und in Anbetracht der heutigen Finanzlage der Gemeinde ist deshalb der vom Verwaltungsrat und vom Gemeinderat vorliegende Antrag für eine Erhöhung des Gemeindebeitrages, namentlich für die Abschreibungen, zu beurteilen. Worb hat viel zu wenig Geld. Worb hat viel zu wenige Einnahmen. Worb muss also sparen. Im Sportzentrum sind einige Teile der Anlage alt, Unterhaltsarbeiten werden also kommen. Doch wir wollen den Wislepark und er soll bestehen können. Ein Dilemma, das kaum grösser sein könnte. Wie bereits erwähnt, soll der bereits gesprochene Gemeindebeitrag von CHF 400'000.- ab dem Jahr 2016 nur noch für das Schwimmbad respektive die Eishalle eingesetzt werden. Wir von der FDP finden dies richtig und wichtig. Denn es ist gegenüber dem Worber Gewerbe unfair, wenn wir, die Gemeinde, das Restaurant, den Fitnessbereich usw. unterstützen und damit den anderen Gastro- und Fitnessbetrieben in der Gemeinde einen Wettbewerbsnachteil verschaffen. Wir von der FDP wollen das einheimische Gewerbe nicht benachteiligen. Daher betrachten wir das Ganze aus unserer Ansicht wie folgt: Die Sportzentrum Worb AG braucht Geld für die Abschreibung. Der gewünschte zusätzliche Beitrag von CHF 400'000.- auf ein Kontokorrentkonto können wir in dieser Höhe jedoch nicht voll unterstützen. Die Bereiche Gastro, Fitness, Wellness müssen selbsttragend sein, d.h. inkl. Abschreibungen. In der Botschaft auf Seite vier sind folgende Beträge für die Abschreibungen der entsprechenden Bereiche vorgesehen: CHF 60'000.-, CHF 34'000.- und CHF 34'000.-, sind total CHF 128'000.-. Wir ziehen diesen Betrag den gewünschten CHF 400'000.- ab, dies ergibt einen neuen „Abschreibungsbetrag“ von CHF 272'000.-. Die FDP stellt somit Abänderungsantrag: Die Gemeinde Worb bewilligt ab dem Jahr 2014 eine Erhöhung des jährlich wiederkehrenden teuerungsindefizierten Beitrags von bisher maximal CHF 400'000.- auf neu maximal CHF 672'000.- an die Sportzentrum Worb AG, um das Defizit des Wisleparks zu decken. Wir fordern jedoch ausdrück-

lich, dass der Gemeinderat genau hinschaut, ob das Geld ausbezahlt werden muss oder nicht. Trotzdem eine kritische Bemerkung. Was passiert, wenn der Wislepark ein sehr grosses Problem hat? Der Gemeindepräsident hat nämlich gesagt, diese CHF 400'000.- werden voraussichtlich genügend sein. Bei einem grösseren Problem, würden nämlich auch die CHF 400'000.- wahrscheinlich nicht ausreichen. Wir danken für die Unterstützung unseres Abänderungsantrages.

Graf Stefan, GLP: Ich gehe gerne in den Wislepark, vor allem ins Schwimmbad. Auch am vergangenen Pfingstamstag bin ich mit meiner Frau zum Schwimmen gekommen. Nach einer Stunde im Wasser waren wir trotz hoher Lufttemperatur recht abgekühlt und freuten uns auf eine warme Dusche in der Garderobe. Meine Frau freute sich vergeblich. Die Damendusche war geschlossen, weil gleichzeitig in der Eishalle ein Strassenhockeyturnier stattfand und die Dusche für die Eishockeyspieler reserviert war. Das Beispiel zeigt, dass sich die verschiedenen Nutzungen des Wislearks auch konkurrenzieren können. Der Wislepark hat ein schönes Bad mit einem gepflegten Restaurant. Wenn ich aber im Sommer in ein Schwimmbad gehe, erwarte ich eine Garderobe mit Duschen, sonst fehlt mir etwas. Ähnlich geht es der grünliberalen Fraktion mit der vorliegenden Botschaft. Die GLP steht hinter dem Wislepark. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die öffentliche Anlage mitzufinanzieren und sicherzustellen, dass genügend Liquidität für Erneuerung und allfällige Reparaturen vorhanden ist. Unsere Begeisterung für die vorliegende Botschaft hält sich aber in Grenzen, es fehlt uns etwas. Nämlich Antworten auf verschiedene offene Fragen. Aus der Botschaft geht nicht hervor, ob Varianten geprüft wurden. Gibt es einen Plan B? Könnte man zum Beispiel die Infrastrukturen aus der AG rauslösen und in die Gemeindeanlagen überführen? Könnte man so die Mehrwertsteuer einsparen? Was passiert, wenn die Stimmberechtigten die Beitragserhöhung im September annehmen und im Dezember eine allfällige Steuererhöhung ablehnen? Kann sich die Gemeinde das bei der heutigen Finanzlage leisten? Geht die Gemeinde nicht ein zu hohes Risiko ein? Wir finden, man könnte die Beitragserhöhung für den Wislepark zusammen mit dem Voranschlag für 2015 den Stimmberechtigten vorlegen oder aufs nächste Jahr verschieben. Wir wüssten dann mehr über die Ertragslage der Gemeinde und hätten genauere und konsolidierte Planzahlen des Wislearks. Uns stört, dass den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine Erhöhung um CHF 400'000.- vorgelegt werden soll, aber man weiss heute noch nicht, wie viel davon effektiv gebraucht werden. Sind wir doch ehrlich: Wenn dieser Betrag einmal gesprochen ist, wird er auch gebraucht. Und vielleicht reicht auch das in ein paar Jahren nicht mehr. Schaffen wir es, bis im September 2014 eine Abstimmungsbotschaft vorzubereiten, die auf diese Fragen eine Antwort gibt? Andernfalls müssen wir uns überlegen, ob wir das Geschäft besser verschieben sollen. Im Interesse eines langfristigen Weiterbestandes des Sportzentrums Worb, das der GLP-Fraktion am Herzen liegt.

Brook Liechi Vanessa, GLP: Ich möchte erwähnen, dass nicht alle Mitglieder der GLP-Fraktion bei diesem Geschäft dieselbe Meinung vertreten. Ich bin wie die SVP-Fraktion für dieses Geschäft, denn es wurde seit Beginn ein Betrag von CHF 370'000.- an die Eisbahn und das Schwimmbad gesprochen. Der Gemeindepräsident hat den Fehler bereits erwähnt, dass kein Geld für Abschreibungen gesprochen wurde. Es ist aber ganz klar, dass bei der Eisbahn und dem Schwimmbad Investitionen anstehen. Mir ist es ein Anliegen zu betonen, dass ich dieses Geschäft heute unterstützen werde.

(Ratspräsident Messerli Gregor gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.30 bis 21.40 Uhr. Die Protokollführerin.)

Federer Guido, GPK: Die GPK möchte sich noch zu einzelnen Punkten äussern. Zuerst zum Betrag, der die FDP-Fraktion vorschlägt. Aus unserer Sicht stimmt der Betrag nicht ganz, den die FDP-

Fraktion genannt hat. Es gibt zwei Varianten zur Berechnung. Aus unserer Sicht kann man von den CHF 500'000.- die notwendigen Abschreibungen für Curling, Fitness und Wellness abziehen oder man kann aus der Sicht „Was ist notwendig?“ rechnen für die Bereiche, die man unterstützen darf, sprich Eisbahn und Schwimmbad. Wenn wir diese Beträge, CHF 204'000.- und CHF 142'000.- zusammenrechnen, kommt man auf CHF 356'000.- und somit sind wir in der Nähe von CHF 370'000.-, die von den CHF 400'000.- nutzbar sind. Von den CHF 400'000.- wird die Mehrwertsteuer abgezogen und es bleiben die CHF 370'000.-, dies entspricht mehr oder weniger den Abschreibungen für die Eisbahn und das Schwimmbad. Zum Plan B kann ich Folgendes erwähnen: Es gibt natürlich eine andere Variante als die Abschreibung vorzunehmen. Wenn zum Beispiel die Eisanlage aussteigt, kann für den Ersatz dieser Anlage im Parlament ein Kredit gesprochen werden. Dies ist zweifellos möglich. Es muss aber auch gesagt werden, dass die aktienrechtlichen Vorgaben ebenfalls eingehalten werden müssen. Die AG muss die Hälfte des Aktienkapitals als Eigenkapital ausweisen. Wird der Gemeindebeitrag nicht erhöht, dann wird voraussichtlich im Jahr 2016 die Grenze unterschritten sein und die AG muss die Bilanz deponieren. Werden die Ersatzinvestitionen über einzelne Kredite im Parlament finanziert, dauert das Verfahren natürlich länger. Wenn die Eisanlage im Oktober aussteigt, wissen wir, wie lange es geht, bis ein Kredit für eine Neuanschaffung bewilligt würde und bis dahin ist die Wintersaison für die Hockeyspieler bereits oder nahezu vorbei.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Der GPK-Sprecher hat bereits Stellung zu einigen Fragen genommen. Beim Plan B ist es tatsächlich so, dass jeder Ersatz einzeln angeschaut werden muss. Die Zeitverzögerungen hat Guido Federer bereits erläutert. Das klassische Beispiel ist, dass die Kältemaschine im Oktober aussteigt. Bis der Antrag in jedem finanzkompetenten Organ behandelt ist, ist rasch ein halbes Jahr vergangen. Hat die AG Geld für den Ersatz zur Verfügung, kann die Kältemaschine relativ rasch ersetzt werden. Aus diesem Grund wurde ja seinerzeit auch das Modell gewählt, dass die AG die Anlage selber führt. Die Frage von Stefan Graf, ob das Geschäft mit einer allfälligen Steuererhöhung verknüpft werden kann, ist mit Nein zu beantworten. Es ist nicht zulässig, dass Geschäfte beliebig kombiniert werden dürfen. Jedes Geschäft muss einzeln behandelt werden. Würden die Anlagen Eisbahn und Schwimmbad zu den Gemeindeligenschaften überführt werden, hätte Worb die gleiche Situation wie Bern mit dem Stadttheater. Plötzlich steht eine Sanierung an, aber das Geld ist nicht vorhanden. In diese Situation soll Worb nicht kommen. Betreffend der Mehrwertsteuer ergibt dies auch keinen Vorteil. Die Abgabe dieser Steuer wird gleich gehandhabt. Es ist vorgesehen, dass der Gemeinderat bestimmt wie hoch der Gemeindebeitrag ist. Basierend auf einen Antrag der AG, dem Jahresbudget und der Rechnung des Vorjahres legt der Gemeinderat diesen Beitrag fest. Bei der Abschreibung ist der Betrag von CHF 500'000.- massgebend. Es ist tatsächlich so, dass die Bereiche Gastro, Fitness und Wellness CHF 100'000.- beizusteuern haben. Ich bedanke mich herzlich für die Hinweise für die Ausarbeitung der Abstimmungsbotschaft. Diese wird das Büro des GGR werten und allenfalls berücksichtigen.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion, dass die Gemeinde Worb ab dem Jahr 2014 eine Erhöhung des jährlich wiederkehrenden teuerungsindexierten Beitrags von bisher maximal CHF 400'000.- auf neu maximal CHF 672'000.- an die Sportzentrum Worb AG bewilligt:

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 24 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 24 zu 5 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt. Somit ist zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 28. September 2014 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Gemeinde Worb bewilligt ab dem Jahr 2014 eine Erhöhung des jährlich wiederkehrenden teuerungsindexierten Beitrags von bisher maximal 400'000 Franken auf neu maximal 800'000 Franken an die Sportzentrum Worb AG, um das Defizit des Wisleparcs zu decken.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wasserversorgung, Netzausbau Dorfstrasse 15 - Alte Bernstrasse 58 Rüfenacht; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	6	2013/17-115	21	33/42

Kühn-Blank Christa, ASK: Die ASK hat die Kreditabrechnungen für den Netzausbau in Rüfenacht und den Netzersatz in Worb gerne zur Kenntnis genommen. In Zeiten des Sparens war das eine gute Nachricht. In beiden Fällen haben wir eine erfreuliche Kreditunterschreitung. Rechnen wir die noch nicht berücksichtigten Subventionen dazu, wurden insgesamt CHF 125'988.25 nicht ausgegeben. Eine kurze Begründung der Unterschreitung in der Botschaft würden wir jeweils begrüßen. Im Tiefbau gibt es oft Unvorhersehbares. Sehr erfreulich, dass diesmal alles positiv verlaufen ist. Hoffentlich wurde nicht zu sehr gespart. Irgendwie werde ich den Verdacht nicht los, dass an der Vechigenstrasse bei den Ventilen gespart wurde. Denn seit dem Netzersatz stinkt es bei bestimmtem Wetter sehr stark nach Kloake.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Der Grund, weshalb es stinkt, ist aufgrund des Wassers. Einige Gründe wie gut organisierte Logistik, gutes Wetter und keine besonderen negativen Vorkommnisse waren massgebend für diese Kreditunterschreitung. Ich bitte euch im Sinne der ASK von diesen Kreditabrechnungen Kenntnis zu nehmen.

Schweizer Hans Peter, FDP: Wir sind dankbar für die Kreditunterschreitungen von 10% und nehmen davon Kenntnis. Wie die ASK bereits erwähnt hat, wäre eine Begründung mit dem Kostenvoranschlag und der detaillierten und effektiven Abrechnung hilfreich. So beständen die Vergleichsmöglichkeiten und die Unterschreitung wäre nachvollziehbarer.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über den Netzausbau in Rüfenacht wie folgt Kenntnis:

Bewilligter Kredit	CHF	484'000.00
Beanspruchte Mittel	CHF	442'715.40
Kreditunterschreitung	CHF	<u>41'284.60</u>

Der Subventionsbeitrag vom Amt für Wasser und Abfall für die Erneuerung von 5 Hydranten, CHF 15'000.00, wurden in der Kreditabrechnung nicht berücksichtigt.

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wasserversorgung, Netzersatz in der Neufeld- und Vechigenstrasse; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	7	2013/17-116	892	33/42

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über den Netzersatz der Neufeld- und Vechigenstrasse wie folgt Kenntnis:

Bewilligter Kredit	CHF	576'000.00
Beanspruchte Mittel	CHF	527'296.35
Kreditunterschreitung	CHF	<u>48'703.65</u>

Der Subventionsbeitrag vom Amt für Wasser und Abfall für die Erneuerung von 7 Hydranten, CHF 21'000.00, wurden in der Kreditabrechnung nicht berücksichtigt.

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend ESP

Worboden

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	8	2013/17-117	1088	31/0/1

Wermuth Bruno, SVP: Die Dringlichkeit habe ich bereits an der letzten Sitzung begründet. Es geht um eine Zonenplanänderung und eine Änderung des Baureglements. Die Nutzung soll mit Wohnen und einigen Verkaufsflächen erweitert werden. Dies beinhaltet eine bessere Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Projekte. Wir möchten, dass dieses Geschäft vor der ordentlichen Ortsplanung behandelt wird. Das Projekt vom ESP Worboden soll in der Teilortsplanung 2014 berücksichtigt werden. Folgende Gründe sprechen für die Dringlichkeit: Investoren haben bereits Interesse ge-

zeigt, es wird kein Kulturland vernichtet, eine grosse Fläche kann genutzt werden und auch der finanziellen Situation von Worb dient dieses Projekt sicherlich. Ich möchte euch bitten, diese Motion zu unterstützen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Der Gemeinderat ist über die Absicht der Investoren sehr erfreut, im ESP Worboden ein für die Gemeinde interessantes Projekt zu realisieren. Er teilt die Einschätzung der Motionäre, dass die dafür nötigen planerischen Arbeiten vonseiten der Gemeinde rasch vorgenommen werden sollen. Das erste Gespräch mit dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat bereits am 26. März 2014 stattgefunden. Das AGR verlangt einerseits ein Gesamtkonzept der Ortsplanung Worb und andererseits ein Planerlassverfahren für das Vorhaben der Investoren. Das Planerlassverfahren ist nötig, weil gemäss geltender baurechtlicher Grundordnung im geplanten Projektperimeter kein Wohnen möglich ist. Dass ein Planerlassverfahren nötig ist, hat der Vertreter eines Investors bereits in der Vorstellung im Gemeinderat gesagt. Das verlangte Gesamtkonzept der Ortsplanung Worb befindet sich bereits in Erarbeitung. Es wird auch für die Gesamtrevision der Ortsplanung benötigt und trägt den Titel „räumliches Entwicklungskonzept“. Darin wird das Anliegen der Investoren berücksichtigt. Um Zeit zu gewinnen, trifft sich der Gemeinderat mit der Planungskommission am nächsten Montag zu einer gemeinsamen Sitzung, während der das räumliche Entwicklungskonzept besprochen werden soll. Ziel ist, dass das räumliche Entwicklungskonzept bereits im August 2014 vorliegt. Anschliessend startet das Planerlassverfahren. Zu diesem Zeitpunkt macht es keinen Sinn, parallel ein Planerlassverfahren für die Gesamtrevision der Ortsplanung und eines für das Vorhaben der Investoren zu starten. Das bringt keinen Zeitgewinn. Vielmehr wird nur das Planerlassverfahren für die Gesamtrevision der Ortsplanung gestartet. Darin ist auch das Vorhaben der Investoren enthalten. Nach Erarbeitung des Zonenplans und des Baureglements findet wahrscheinlich im März 2015 die öffentliche Mitwirkung und zwischen August und Oktober 2015 die kantonale Vorprüfung statt. Ein separates Verfahren für das Vorhaben der Investoren würde für diese beiden Planungsschritte die gleiche Zeit beanspruchen. Nach diesen beiden Planungsschritten wird beurteilt, welche Vorhaben aufgrund der Mitwirkung und der Vorprüfung voraussichtlich unbestritten sind. Im Herbst 2015 wissen die Investoren also, ob ihr Vorhaben voraussichtlich unbestritten ist. Die unbestrittenen Teile werden zu einem Paket geschnürt und rasch weiterbearbeitet. Im Februar 2016 soll die öffentliche Auflage stattfinden. Die Genehmigung durch den Kanton ist für den August 2016 vorgesehen. Zu den einzelnen Aufträgen in der Motion. Erstens: Der Gemeinderat nimmt die geforderte Umzonung in die Gesamtrevision der Ortsplanung auf. Zweitens: Für die rasche Umzonung ist wie ausgeführt nicht der Start des Verfahrens relevant, sondern der Zeitpunkt nach der Vorprüfung. Warum? Erst nach der kantonalen Vorprüfung kann im Rahmen der öffentlichen Auflage Einsprache gegen eine Zonenplanänderung gemacht werden, was jeweils die befürchtete Verzögerung des Verfahrens bringt. Wenn sich das Anliegen im Rahmen der Mitwirkung als unbestritten erweist, dann kann es rasch mit weiteren unbestrittenen Teilen der Ortsplanungsrevision in die öffentliche Auflage und in die Genehmigung gebracht werden. Drittens: Für eine rasche Realisierung ist kein besonderer Antrag beim AGR notwendig. Viertens: Der Gemeinderat wird in der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 8. September 2014 über das räumliche Entwicklungskonzept und allfällige neue Erkenntnisse zum weiteren Vorgehen informieren. Der Gemeinderat beantragt Erheblicherklärung des Vorstosses.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Selbstverständlich begrüssen wir von der EVP die Idee einer Überbauung ebenfalls. Den zuständigen Firmen hat es aber nicht gereicht für die Teilortsplanung 2013 ein entsprechendes Projekt einzureichen. Dies finden wir schade. Das nun vorhandene Konzept sieht vor, dass auf dem Areal auch Wohnungen, ein Hotel und allenfalls eine Indoor-Sportanlage zu realisieren wären, sehr mutig. Dafür benötigt es eine Umzonung in eine Wohnzone

und das soll möglichst rasch geschehen. Auch damit wären wir noch einverstanden. Aufgrund meiner Erkundigungen ist der Weg über die Ortsplanungsrevision der schnellstmögliche, ordentliche Weg. Für uns ist klar, dass ein solches Projekt nur im ordentlichen Planerlassverfahren seriös abgeklärt werden kann. Die prekäre Finanzsituation darf uns Politiker nicht zu unüberlegten Handlungen führen oder gar unter Druck setzen. Es erstaunt uns schon, wie euphorisch die sonst kritischen Motionsverfasser hinter diesem Konzept stehen. Denn wenn wir die Sicht für die ganze Gemeinde berücksichtigen, sollten folgende Überlegungen im Planerlassverfahren Platz haben: Bei den Wohnungen wurden von Seniorenwohnungen gesprochen. Diese wären voll in der Gewerbezone isoliert. Macht das Sinn? Wie vereinbart sich explizit Seniorenwohnen mit der lärmigen Gewerbezone und den Geschäften? Negative Erfahrungen gibt es bereits mit dem Bärenareal. Bei den Geschäften wurde von Geschäften für den täglichen Bedarf gesprochen. Eventuell soll ein Tankstellenshop entstehen. Klar, der Worboden ist mit dem Auto perfekt erreichbar. Die Läden würden wohl florieren. Wollen wir ein Dörfli ausserhalb unseres Dorfes? Es besteht die Gefahr, dass die durch die Umfahrung benachteiligten Läden im Zentrum an ihre Existenzgrenze geraten. Wollen wir das? Ein schlechtes Beispiel dafür ist für mich Burgdorf. Vor Jahren wurden in der Bahnhofsnähe Grossverteiler und bekannte Markenläden ansässig. Dies hatte zur Folge, dass die alt bekannten und zum Teil renommierten Geschäfte in der Altstadt schliessen mussten. Dazu gehörte sogar das Grossgeschäft Manor. Die einst belebte Altstadt ist zum Teil sehr ausgestorben. Wollen wir das in Worb? Die Motion behauptet das Projekt könne gefährdet sein, wenn es erst in der nächsten Ortsplanung aufgenommen wird. Weshalb? Wir können diese Aussage nicht nachvollziehen. Die Motion ist für uns zu wenig durchdacht und zielt für uns auf eine Hauruck-Übung hin. Das können wir nicht verantworten und werden wir nicht unterstützen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP-Fraktion findet es gefährlich, das Projekt ESP Worboden in die ordentliche Ortsplanung hineinzunehmen. Wir wissen ja, wie wenig es braucht, damit eine Ortsplanung abgelehnt wird. Wir möchten, dass dieses Projekt ausserhalb der ordentlichen Ortsplanung behandelt wird. Es besteht die Gefahr, dass die ordentliche Ortsplanung mit Projekten überfüllt wird.

Wermuth Bruno, SVP: Die richtigen Fragen müssen zum richtigen Zeitpunkt gestellt werden. Die Fragen, welche Beatrix gestellt hat, müssen wir sicherlich nicht hier beantworten. Wichtig ist, dass wir vom Parlament dem Gemeinderat Druck aufsetzen können. Somit wird dem Gemeinderat auch klar, dass es in unserem Interesse ist, dass an diesem Standort etwas getan werden muss. Sandra hat bereits erwähnt, dass es nicht sicher ist, dass eine ordentliche Ortsplanung angenommen wird. Dieses Projekt soll vorgängig behandelt werden, insbesondere da bereits Investoren vorhanden sind. Dieses Projekt kann Wertschöpfung für die ganze Gemeinde generieren. Da soll keine Angst bestehen und diese auch noch hier vorne am Rednerpult kundtun, nur dass etwas gesagt wurde.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung: Ich möchte euch das Verfahren noch einmal erläutern. Ich bitte euch, nun ganz genau hinzuhören: Der Gemeinderat hat im Rahmen der Foren ganz klar die Rückmeldung erhalten, dass keine Gesamtrevision einer Ortsplanung vorgelegt werden soll. Bei einer Gesamtortsplanung ist die Gefahr grösser, dass diese scheitert. Dies haben wir bei der OP06+ erlebt. Auch die unbestrittenen Teile der Ortsplanung wurden da abgelehnt. Die Mitwirkung und die Vorprüfung geschehen gesamthaft. Zudem wird uns der Kanton seine Meinung zum Projekt sagen. Da erhalten wir die Rückmeldungen aus der Bevölkerung und es wird ersichtlich, welche Teile bestritten oder unbestritten sind. Wir gehen davon aus, dass dieses Projekt des ESP Worbodens unbestritten sein wird. Und wenn dies so ist, werden wir dies mit den unbestrittenen Teilen der Ortsplanung weiterführen. Unbestritten heisst ja, dass Niemand dagegen

ist. Da müssen wir also auch bei der Genehmigung keine Gegner fürchten. Es ist genau das Vorgehen, welches ihr wünscht.

Beschluss:

Die Motion der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend ESP Worboden wird grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

Dringliche Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufwandminimierung Finanzplan/Voranschlag 2015/2019

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	9	2013/17-118	1086	21/0

Wälti Martin, SVP: Die Dringlichkeit dieser Motion wurde an der letzten Sitzung problemlos gutgeheissen. Den Inhalt der Motion widerspiegelt letztlich auch der Wille des Stimmvolkes, welches keine Steuererhöhung, dafür aber Einsparungen will. Das Sparvolumen der CHF 500'000.- erscheint uns zumutbar. Der Auftrag, wo gespart werden soll, liegt ja voll und ganz in der Kompetenz des Gemeinderates. Wir möchten, dass der Gemeinderat innerhalb der Abteilungen selbst entscheiden kann, wo es mehr oder weniger Sparpotenzial hat. Der Gemeinderat soll entscheiden wo gespart werden soll, damit dieses Prozent oder eben die CHF 500'000.- zustande kommen. Wir hoffen, dass diese Motion vom Gemeinderat wohlwollend geprüft worden ist. Es würde uns speziell freuen, wenn diese Motion mit Freude entgegen genommen würde und ich bin gespannt auf die Antwort des Gemeinderates.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Lieber Martin, ich muss dich enttäuschen. Wer meinen Ausführungen an den letzten Sitzungen gefolgt ist und zur Kenntnis genommen was ich gesagt habe, wird nicht überrascht sein über diese Antwort. Die Motion verlangt, dass die Ausgaben im Finanzplan 2015/2019 um mindestens 1% oder um CHF 500'000.- pro Jahr zu reduzieren sind und wo reduziert werden soll, soll der Gemeinderat bestimmen. Es gehört zu den grundsätzlichen Aufgaben von Behörden und Verwaltung, die Aufgabenerfüllung der Gemeinde kostengünstig, sparsam und in einem optimalen Preis-Leistungs-Verhältnis zu erbringen. Die Budgetierung in Worb erfolgt seit Jahren auf Grund des effektiven Bedarfs, den die Verwaltungsabteilungen jeweils detailliert Position um Position erarbeiten und anlässlich der Prüfung durch die Finanzkommission rechtfertigen müssen. In diesen Kontrollgesprächen wird darauf geachtet, dass keine unnötigen Reserven ins Budget eingebaut werden. Mit diesem Vorgehen kann sichergestellt werden, dass das Budget einem realistischen Minimalbedarf entspricht, welcher als Vorschlag in die politische Diskussion kommt. Eine pauschale Kürzung durch den Gemeinderat würde diesem Budgetprozess im Grundsatz widersprechen und könnte dazu führen, dass seitens der Behörden/Verwaltung mit mehr Reserven geplant würde um die bevorstehende „Kürzungsrunde“ überstehen zu können. Zu bedenken ist zudem, dass im aktuellen Gemeindehaushalt allenfalls 10% oder 5 Mio. Franken der Kosten als beeinflussbar gelten. Das heisst ein Prozent des Gesamtaufwandes oder CHF 500'000.- entsprechen 10% des beeinflussbaren Aufwandes. Zu diesen beeinflussbaren Kosten gehören unter anderem: Lehrmittel, Energie, Heizmaterial, Wasser- und Abwassergebühren, bauliche und betriebliche Unterhaltsarbeiten, Telefon und Porti, Versicherungen. Zum Teil sind

diese fast nicht beeinflussbar. Der Gemeinderat hat sich in seinen Ausführungen zu den Spar- und Verzichtsmassnahmen aus ob genannten Gründen auch klar gegen pauschale Kürzungen oder gegen ein „Rasenmähermodell“ ausgesprochen und auf solche Massnahmen verzichtet. Zu beachten ist auch, dass bereits im Rahmen des Projektes OPTA die beeinflussbaren Bereiche der Aufgabenerfüllung auf weitere Einsparungen und Optimierungen geprüft und, soweit sie von einer Mehrheit der zuständigen Organe getragen wurden, auch umgesetzt wurden. Mit dem heutigen Budgetprozess ist der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Finanzkommission bereits heute dran, Kürzungen so weit als möglich vorzunehmen. Die Forderung der Motionäre ist zudem insofern problematisch, weil die Basis für eine eventuelle Aufwandskürzung nicht klar festgelegt ist. Wird als Basis die aktuelle Finanzplanung 2014/18 genommen, würden allein schon durch die Reduktion der Klassen und der Lehrerbesoldung Ausgaben in der Grössenordnung von CHF 450'000.- eingespart. Doch dies sind alle Bereiche, die nicht beeinflussbar sind. In den beeinflussbaren Bereichen habe ich bereits erwähnt, dass wir hier nicht einfach generell kürzen können. Ich habe es bei den Benchmarkzahlen bereits erwähnt, wie Worb im Vergleich mit anderen Gemeinden dasteht. Würden wir hier weitere Einsparungen vornehmen, wäre Worb dann definitiv auf der Schlussposition. Aufgrund dieser Ausführungen und der Tatsache, dass die Budgetierung seit Jahren sehr genau und auf den effektiven Bedarf ausgerichtet erfolgt, muss eine Kürzung im Umfang von CHF 500'000.- ohne Angabe der Leistungen, welche reduziert werden sollen, als nicht zielführend bezeichnet werden. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat die Nichterheblicherklärung dieses Vorstosses.

Fröhlich Viktor, SP: Grundsätzlich findet die SP-Fraktion 1% der Ausgaben einzusparen gut. Dies ist ein adäquates Mittel, das auch in anderen Gemeinden genutzt wird. Für uns müsste hier aber klar ein lineares Sparen angestrebt werden, sprich 1% pro Departement. Unserer Meinung nach stellt die vorliegende Motion eine Berechtigung für den Gemeinderat dar, den Rotstift in Höhe und Ausrichtung beliebig einsetzen zu können. Die SP wird die Motion nicht unterstützen.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Ich spreche noch einmal und möchte zu Bruno sagen, was wir als wichtig erachten, entscheiden wir selbst und nicht andere Parteien. Ich werde zu beiden Motionen Stellung nehmen. Die Forderung der SVP irgendwo CHF 500'000.- zu sparen ist einfach. Wo, liebe SVP, wollt ihr denn nochmals so viel sparen? Mir fehlen hier eure realisierbaren konkreten Vorschläge. Zu den Forderungen der FDP möchte ich sagen, dass ich Investitionsbeschränkungen unseriös finde. Werden doch auf das Verschieben von Investitionen spätere Generationen massiv belastet. Das Stadttheater Bern wurde heute Abend mehrfach erwähnt und es lässt grüssen. Dasselbe gilt für Abschreibungen. Jeder verantwortungsbewusste private Hausbesitzer oder Geschäftsinhaber macht Rückstellungen. Dass dieser Vorschlag gerade von der FDP kommt, überrascht umso mehr. Immer wieder kommt bei der Sparidee die Verwaltung ins Spiel, obwohl Quervergleiche mit anderen Gemeinden klar belegen, dass unsere Gemeindeverwaltung kosteneffizient arbeitet. Bei der Verwaltung noch mehr zu sparen, kann weitgehende Folgen haben. Sind wir uns das bewusst? Qualifiziertes Personal muss sich heutzutage laufend weiterbilden, um auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Bei dem Gehalt zu sparen kann zur Folge haben, dass qualifiziertes Personal abwandert und neues, kompetentes Personal kaum zu finden ist. Nicht zu vergessen, dass bei hoher Fluktuation Zusatzkosten für Stellenausschreibungen, Einarbeitung und Übergangslösungen entstehen. Zudem verursacht jeder Vorstoss unsererseits bei der Verwaltung Mehraufwand und -kosten. Aber auf die Neugestaltung des Dorfplatzes beim Dorfschulhaus kann aus unserer Sicht sehr wohl verzichtet werden. Die Übernahme der Beleuchtung kann diskutiert werden, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden ist sicherlich prüfenswert. Die beiden Motionen verlangen aber eine konkrete Umsetzung aller geforderten Punkte. Die Vorschläge sind uns im Gesamtpaket zu radikal. Wir unterstützen deshalb die beiden Motionen nicht.

Beschluss:

Die Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufwandminimierung Finanzplan/Voranschlag 2015/2019 wird mit 21 zu 12 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Dringliche Motion der FDP-Fraktion betreffend Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	10	2013/17-119	1087	21/0

Kölliker Lenka, FDP: Kurz vor der letzten Spardebatte wurden alle Parteien vom Gemeinderat aufgefordert, ihre Vorschläge für weitere Sparmassnahmen möglichst rasch zu unterbreiten. Das hat die FDP gemacht und hat einige konkrete Sparmassnahmen in dieser Motion unterbreitet. In Hinblick auf die aktuelle Finanzsituation erachtet es die FDP als unabdingbar, zusätzliche Sparmassnahmen vorzunehmen. Investitionsbeschränkung bis im Jahr 2018, Neubeurteilung 2018, d.h. entsprechende Renovationen zurückstellen. Hier geht es um keinen Investitionsstopp, sondern um Beschränkung oder Konzentration auf nur die notwendigen Renovationen, die zu einem Sachschaden für das Gebäude oder Anlage führen können. Keine Erhöhung des Gemeindebeitrages beim Wislepark. Dieser Punkt wurde bereits beim Traktandum fünf dieser Sitzung abgehandelt. Wir akzeptieren diesen Entscheid und ziehen diesen Punkt zurück. Kompletter Verzicht der Neugestaltung rund um das Dorfschulhaus. Im letzten Jahr hat der Gemeinderat einige Kredite für Abklärungen der Neugestaltung des Dorfschulhauses gesprochen. Wir sind der Meinung, dass Worb nicht drei Dorfplätze braucht. Das Projekt 3-Klang wird nun realisiert. Der Gemeinderat hat aufgrund hoher Kosteneinschätzungen das Projekt rund um das Dorfschulhaus nun zurückgestellt. Eine allfällige Neubeurteilung soll erst nach der Genehmigung der Ortsplanung erfolgen. Keine Übernahme der Strassenbeleuchtung von der BKW. Die Übernahme der Strassenbeleuchtung von BKW muss nicht oder nicht sofort erfolgen. Die Strassenbeleuchtung kann bei der BKW belassen werden. Mit Verzicht auf diese Übernahme können CHF 300'000.- Investitionen, wie im Finanzplan 2014 vorgesehen, gespart werden, ohne dass wir es merken. Aufwandreduktion im Werkhofbereich. Seit Jahren ist bekannt, dass der Werkhof auf einen aufwendigen Winterdienst ausgerichtet ist. Wir sind der Meinung, dass hier eine Reorganisation fällig ist und ein wesentliches Sparpotenzial vorhanden ist. Einfrierung der Lohnsumme des Gemeindepersonals bis 2017. Seit einigen Jahren bewegt sich die allgemeine Teuerung in der Schweiz in tieferer Kommazahl, trotzdem wächst die Lohnsumme des Gemeindepersonals proportional höher. Wir sind der Meinung, dass in schweren Zeiten, wo wir uns jetzt in Worb finanziell befinden, die Entwicklung des Lohnaufwands die finanzielle Lage der Gemeinde widerspiegeln muss und schlagen eine Einfrierung der Lohnsumme bis im Jahr 2017 vor. Seit Ausbruch der Finanzkrise im 2008 mussten etliche Unternehmer und Arbeitnehmer ihre Lohnsumme einfrieren oder sogar senken. Dies sollte sich auch in der Gemeinderechnung in diesen schweren Zeiten ausdrücken. Verzicht auf Weiterbildungen des Gemeindepersonals bis im Jahr 2017. Im Budget 2014 ist eine Weiterbildung von CHF 74'000.- für Personaldienst und CHF 10'000.- für Lehrlinge vorgesehen. Wir sehen die Bedürfnisse einer Weiterbildung für Lehrlinge, schlagen aber vor auf Weiterbildung des Gemeindepersonals bis im Jahr 2017 zu verzichten. Eine lineare Kürzung beim gesamten Sachaufwand um 2%. Der Sachaufwand, d.h. Büromaterial, Ver-

brauchsmaterial, Spesenentschädigung, Dienstleistungen, Honorare, beträgt jährlich 6,5 Mio. Franken. Es handelt sich um beeinflussbare Ausgaben. Eine lineare Einsparung von 2% ist hier machbar und würde unsere Finanzen entlasten. Aufzeigen von Sparmöglichkeiten aufgrund einer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit anderen Gemeinden. Wir sind der Meinung, dass eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bei Feuerwehr, Werkhof oder ähnlichen Bereichen möglich wäre, eine Optimierung der Ressourcen bringen würde und auch einen positiven finanziellen Effekt hätte. Ich bitte alle hier im Saal, unsere Punkte nicht als Kritik, sondern als einen konstruktiven und konkreten Beitrag zur Sanierung unserer Finanzen zu verstehen. Hier wird kein Giftschränk geöffnet. Es handelt sich nicht um Einsparungen im Sozialbereich, Familien, Bildung, Senioren oder Bedürftige. Es geht uns allem um das Gleiche, um eine florierende und gesunde Gemeinde Worb. Lassen wir unsere Punkte an den Gemeinderat überweisen. Wir sind überzeugt, dass es sich hier um mögliche und entscheidende Einsparungen handelt.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Ich nehme gerne zur Motion der FDP Stellung. Sie verlangt neun Sparmassnahmen, eine wurde aufgrund der heutigen Sitzung korrigiert. Punkt eins, Investitionsbeschränkung bis 2018, Neubeurteilung 2018. Die Unterhalts- und Erneuerungsinvestitionen werden bereits heute auf ein Minimum beschränkt. Vom jährlich notwendigen Bedarf des Steuerhaushalts (ca. 4 – 5 Mio. Franken) wurden 2013 lediglich 1,9 Mio. Franken realisiert. 2014 dürften es voraussichtlich auch nur gerade 2,5 Mio. Franken sein, ohne die Projekte wie Hochwasserschutz, Schulraumplanung usw., die wegen der jeweiligen Rahmenbedingungen nicht zurückgestellt werden können. Infolge der Abstimmung zur Zentralisierung der Oberstufe gibt es natürlich Investitionen, die getätigt werden müssen. Wir dürfen nicht Ja zu einer Vorlage sagen und dann nicht investieren. Selbstverständlich wird der Gemeinderat bei allen Neuinvestitionen die Frage des Standards wieder stellen müssen und möglichst kostengünstige Lösungen bevorzugen. Der Gemeinderat erachtet ein weiteres Unterschreiten der heute praktizierten knapp 50% der notwendigen Unterhalts- und Erneuerungsinvestitionen als unverantwortbar. Dass die Investitionen in Zukunft sowieso anfallen werden, haben wir heute Abend bereits mehrmals gehört. Punkt zwei, Wislepark. Wir sind froh, dass sich dieser Punkt heute Abend erledigt hat. Punkt drei, Verzicht Neugestaltung rund um das Dorfschulhaus. Es wurde ein Kredit von CHF 75'000.- gesprochen. Von diesem Kredit wurden rund CHF 20'000.- benötigt und anschliessend wurde das Projekt aus Kostengründen zurückgestellt. Vor einer allfälligen Wiederaufnahme des Vorhabens wird eine grundsätzliche Überprüfung unumgänglich sein, in welche das Parlament involviert werden wird. Punkt vier, Übernahme der Strassenbeleuchtung von der BKW. Die heute zur Verfügung stehenden Zahlen zeigen, dass mit der Übernahme der Strassenbeleuchtung die Kosten der Laufenden Rechnung um rund 30'000 Franken entlastet werden. Das Geschäft kommt noch diesen Herbst in den Grossen Gemeinderat. Wenn diese Zahlen erhärtet werden, lohnt sich eine Übernahme und es sollte demzufolge nicht darauf verzichtet werden. Im Moment haben wir ein Kosten- bzw. Einnahmeproblem und kein Liquiditätsproblem. Punkt fünf, Aufwandreduktion im Werkhofbereich. Eine Aufgabenüberprüfung wurde beim Werkhof bereits mehrmals durchgeführt und umgesetzt. Bei der externen Beratung sind wir vorsichtig. Dies hat sich ja beim Wislepark gezeigt. Teure Beratung, tolle Konzepte und am Schluss ergibt sich ein kleiner Ertrag. Aufwandreduktionen wären nur über einen Aufgabenverzicht möglich. Im Bereich der Grünflächenpflege wurde im letzten Jahr ein Optimierungsprogramm gestartet, welches bereits im Jahr 2014 erstmals Einsparungen bringen wird. Aktuell sind die Gespräche mit der Gemeinde Vechigen wieder aufgenommen worden, welche gegenseitiges Einsparpotenzial zum Ziel haben. Punkt sechs, Einfrierung der Lohnsumme des Gemeindepersonals bis 2017. Da möchte ich Beatrix danken, denn sie hat die Begründung bereits schon erwähnt. Aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde Worb aus Gründen des Gehalts immer wieder qualifizierte Mitarbeitende verliert und der Gemeinderat überzeugt ist, dass das Personal

gute Arbeit leistet, hat er sich gegen Pauschalmassnahmen zulasten des Personals ausgesprochen. Im Übrigen kann festgestellt werden, dass die Lohnsumme in den letzten Jahren konstant geblieben ist beziehungsweise einzig als Folge zusätzlicher Stellen gewachsen ist. Dies war bei Willensbekundung des Parlaments, zum Beispiel Tagesschulbetreuung, Altersbeauftragte usw. Im Voranschlag 2015 wird mit einem Rückgang der Lohnsumme um CHF 40'000.- oder 0,58% und in den Folgejahren mit einem Anstieg von 0,4% gerechnet. Das heisst in den drei Jahren werden wir eine Teuerung von ca. 0,2 bis 0,3% haben, dies finden wir sehr moderat. Wir nehmen die Absicht ernst, dass die Lohnsumme nicht massiv ansteigen soll. Punkt sieben, Verzicht auf Weiterbildung des Gemeindepersonals bis 2017. Den Verzicht erachten wir als absolutes No-Go und die Weiterbildung wird als sehr wichtig angesehen. Es ist nicht so, dass dieses Budget gesprochen wird und die Kosten werden aufgebraucht. Es werden Anträge zur Ausübung der Weiterbildung gestellt und diese werden von den Abteilungsleitenden geprüft. Darauf eingegangen wird lediglich, wenn es notwendig ist. Es gibt laufende Änderungen von Prozessen, Software, EDV-Anwendungen usw. Da benötigt es Weiterbildungen und wir sind froh darum, dass die Lernenden davon ausgenommen wurden. Die Weiterbildungskosten werden im Voranschlag 2014 das erste Mal zentral beim Departement Präsidiales ausgewiesen. Daher erscheint dieser hohe Betrag. Die Finanzkommission wird am 26. Juni 2014 mit dem Departement Präsidiales diskutieren, ob diese CHF 74'000.- wirklich nötig sind oder ob eine Kürzung infrage kommt. Diese Summe muss sicherlich begründet werden können. Eine lineare Kürzung beim gesamten Sachaufwand. Dies wurde nun von Lenka präzisiert und nun sieht es eher aus, als wäre dies durchführbar. Ich kann aber nicht bei der SVP sagen, dass wir gegen pauschale Kürzungen sind und bei der FDP bin ich plötzlich für pauschale Kürzungen. Der gesamte Aufwand der Laufenden Rechnung wird seit Jahren bei den einzelnen Positionen auf einem Minimum gehalten. Punkt sieben, Aufzeigen von Sparmöglichkeiten aufgrund einer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit anderen Gemeinden (Feuerwehr, Werkhof, etc.). Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden wird in den Bereichen des Werkhofs und der Feuerwehr gesucht und auch umgesetzt. Sie setzt jedoch die Bereitschaft anderer Gemeinden voraus und ist somit nicht von Worb allein beeinflussbar. Speziell bei der Feuerwehr ist es in letzter Zeit gelungen, Einsparmöglichkeiten bei Investitionen zu realisieren und es zeichnen sich längerfristige positive Entwicklungen bei kommenden Beschaffungen durch Zusammenarbeit mit anderen Feuerwehren ab. Zum Beispiel Hubretter/Auto-Drehleiter ist im Budget nicht mehr aufgeführt, da dies in der Zusammenarbeit mit der Region abgedeckt werden kann. Der Gemeinderat anerkennt die Bestrebungen der FDP, mit konkreten Vorschlägen zur Sanierung der Finanzen beitragen zu wollen. Er hält aber fest, dass viele dieser Anliegen heute bereits realisiert werden und das eine oder andere Geschäft sowieso im Parlament in einem Einzelgeschäft zur Diskussion unterbreitet wird. Wir beantragen daher die Nichterheblicherklärung des gesamten Vorstosses.

Jorio Nicola, GLP: Grundsätzlich ist es eine sympathische Motion der FDP. Eine Motion ist jedoch einen bindenden Auftrag an den Gemeinderat mit kleinem Handlungsspielraum. Da ich nicht hinter all diesen Punkten stehen kann, habe ich die Punkte genauer unter die Lupe genommen. Da steht die Sparmassnahmen sollen unterbreitet und umgesetzt werden. Sprich es werden zwei Aufträge gefordert. Wenn ich nun dieser Motion zustimme, weiss ich nicht, ob dies bereits angenommen wird und in das Budget einfliesst oder ob ich nochmals darüber abstimmen kann. Ich denke, wenn die FDP diese Motion in ein Postulat umwandeln würde, hätte dieser Vorstoss bestimmt grössere Chancen.

Ramseier-Doevendans Anneke, SP: Ich kann mich kurzfassen, da Markus Lädach bereits alle Punkte bestätigt hat, die die SP ebenfalls ablehnen würde. Auch wenn dieser Vorstoss in ein Postulat umgewandelt würde, die SP würde den Vorstoss als nichterheblich erklären.

Beschluss:

Die Motion der FDP-Fraktion betreffend Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen wird mit 22 zu 12 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Einfache Anfrage der EVP-Fraktion betreffend Verkauf Schulhaus Wattenwil

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	11	2013/17-120	1110	24/10

„Das Schulhaus Wattenwil wurde auf Ende Juli 2008 geschlossen. Vorgesehen ist der Verkauf dieser Anlage seit nunmehr fast 6 Jahren. Auf der Worber Webseite ist das Schulhaus immer noch als Kaufobjekt ausgeschrieben. Die Gemeinde könnte das Geld aus dem Verkauf dringend gebrauchen! Wir bitten den Gemeinderat, uns folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Kriterien führten bei den in der Vergangenheit vorhandenen Interessenten dazu, sich doch nicht für dieses Objekt zu entscheiden?
- Welche Konsequenzen werden für zukünftige Verhandlungen aus den vergangen Absagen gezogen?
- Bestehen im Moment überhaupt konkrete Verkaufsverhandlungen?
- Wenn nicht, welche Bemühungen werden von der Gemeinde unternommen, dieses Objekt nun zügig an den Mann zu bringen?
- Wird das Schulhaus verkauft, was passiert mit dem für die Bewohner versprochenen Mehrzweckraum und Spiel- und Sportplatz?“

Fraktionsübergreifende Motion betreffend Halbierung der Funktionsentschädigungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	12	2013/17-121	1108	12/0/0

„Der Gemeinderat wird ersucht, dem Grossen Gemeinderat ein Änderungsantrag des Personal- und Behördenreglements zur Beschlussfassung vor zu legen mit folgendem Inhalt:

Im Anhang des Personal- und Behördenreglements vom 17. Mai 2010 werden die Funktionsentschädigungen von den PräsidentInnen und Mitgliedern der Geschäfts- und Aufsichtskommission um die Hälfte gekürzt.“

Einfache Anfrage der GLP-Fraktion betreffend Umsetzung Zentralisierung Sekundarstufe 1

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 352	23.06.2014	13	2013/17-122	1109	16/0/0

„Nach dem positiven Volksentscheid der Zentralisierung der Sekundarstufe 1 steht die Umsetzung bevor.

Dazu interessieren uns folgende Punkte:

Sind finanzielle Mittel einberechnet und bereitgestellt für

- externe Begleitung/Hilfestellung der Schulleitungen und Lehrpersonen bei der Umsetzung in Bezug auf Schulkultur, Einflüsse und Ansprüche von Drittpersonen, Lernende etc.
- Begleitung/Hilfestellung der Schulleitungen, welche Ihr Amt in Worb und Rüfenacht neu antreten werden (neue Stelle und Strukturwechsel innerhalb der Gemeinde gleichzeitig)
- zeitliche Ressourcen des Mehraufwandes, welche nicht dem Anstellungsumfang der einzelnen Schulleitungen und Lehrpersonen entsprechen.

Die Unterzeichnenden bitten den Gemeinderat zu den obenstehenden Fragen Auskunft zu erteilen. Vielen Dank.“

Sitzungsende 22:40 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gregor Messerli
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 8. September 2014.

Thomas Wälti
Sekretär